

Juchler, Jakob

Article

Der Transformationsprozeß in der Slowakei. Auf Umwegen nach Europa?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Juchler, Jakob (2000) : Der Transformationsprozeß in der Slowakei. Auf Umwegen nach Europa?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 26, Iss. 3, pp. 367-397

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332578>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Transformationsprozeß in der Slowakei. Auf Umwegen nach Europa?

Jakob Juchler

1. Einleitung

Die Slowakei wird im Westen eher wenig beachtet. Dabei hat gerade sie von allen ostmitteleuropäischen Ländern nach der Wende den turbulentesten Entwicklungsweg eingeschlagen. Dies hängt vor allem mit der Trennung von Tschechien und deren Folgen zusammen.¹

Im folgenden Beitrag wird versucht, ein Gesamtbild des bisherigen Transformationsprozesses und seiner inneren Dynamik nachzuzeichnen. Zuerst werden die wichtigsten wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen behandelt, danach die politischen Entwicklungslinien aufgezeigt. Den Abschluß bildet ein kurzes Fazit mit einigen Vergleichen zu den Nachbarländern sowie einem Ausblick auf die Zukunft.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung

2.1 Die Ausgangsbedingungen vor der Trennung

Um den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklungen verständlich zu machen, ist es unumgänglich, kurz auf die Ausgangsbedingungen vor der staatlichen Unabhängigkeit einzugehen. In der Tschechoslowakei war es durch den fehlenden Reformwillen des orthodoxen Regimes zu einem abrupten Übergang gekommen – ähnlich wie in der DDR, so daß nach der "samtenen" Revolution vom November 1989 der politische Umbau vordringlich war. Die Umstellung der Wirtschaft ging man hingegen zögerlich an. Es fehlte der unmittelbare Reformdruck, da sich die wirtschaftliche Situation nicht so dramatisch wie etwa in Polen präsentierte. So setzte sich erst nach den Wahlen ein relativ „radikaler“, neoliberal orientierter Kurs durch, der vor allem in der tschechischen Teilrepublik Unterstützung fand und am 1. Januar 1991 in Kraft gesetzt wurde. Das Reformprogramm umfaßte insbesondere eine Preisliberalisierung, Erhöhungen von staatlich kontrollierten Preisen mit einem massiven Subventionsabbau, weitgehende interne Konvertierbarkeit der Währungen mit einem stark abgewerteten fixen Wechsel-

kurs, hohe Zinsen, Liberalisierung des Außenhandels sowie eine weitgehende Privatisierung der Wirtschaft.

Die Auswirkungen des Reformprogramms waren in beiden Teilrepubliken grundsätzlich ähnlich (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Sie beinhalteten einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandproduktes – 1991-1992 rund 20% –, einen starken Rückgang der Reallöhne sowie eine hohe Anpassungs-inflation mit einer nachfolgenden Stabilisierung. Deutlich ungünstiger entwickelte sich aber in der Slowakei, vor allem aufgrund der rückständigeren Wirtschaftsstruktur, die Arbeitslosigkeit – Ende 1991 schon 11,8%, Ende 1992 10,4%. In Tschechien resultierte nur eine relativ geringe Zunahme auf 4,1% bis Ende 1991 und eine Abnahme auf 2,6% bis Ende 1992. Auch der Außenhandel und die Budgetlage hatten sich in der Slowakei weniger vorteilhaft entwickelt, wobei die Slowakei allerdings von einer Umverteilung der gesamtstaatlichen Mittel profitierte. Die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Entwicklung und der Wirtschaftslage waren entsprechend größer als in Tschechien. Dies betraf auch die "große" Privatisierung. Bereits Ende 1991 war in beiden Teilrepubliken im Rahmen einer ersten Welle eine Massenprivatisierung mit einem Voucher- bzw. Couponssystem gestartet worden. Die "kleine" Privatisierung wurde in beiden Ländern schon 1992 weitgehend beendet.²

Die Slowakei startete also zwar mit einigermaßen ähnlichen wirtschaftlichen Bedingungen in die Unabhängigkeit wie Tschechien, wies aber spezifische Handicaps auf, nicht zuletzt aufgrund des historisch bedingten generellen Rückstandes und der einseitigen Industrialisierung während der sozialistischen Phase. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf war 1992 nur etwa einen Zehntel geringer als in Tschechien, aber die Wirtschaftsstruktur gestaltete sich um einiges ungünstiger. So entfielen z.B. rund 65% der tschechoslowakischen Waffenindustrie auf die Slowakei, die ausländischen Direktinvestitionen pro Kopf betrugen nur ein Viertel. Die erwähnte höhere Arbeitslosigkeit und die größeren Finanzprobleme stellten weitere Belastungen dar. Als kleineres Land mit nur gut 5 Millionen Einwohnern war es auch von Tschechien in verschiedener Hinsicht abhängig gewesen, gerade in bezug auf den Außenhandel. Über die Hälfte der Industrieproduktion ging in die tschechische Teilrepublik, nur rund ein Viertel der tschechischen in die Slowakei. So lag die Befürchtung nahe, daß die Trennung für die Slowakei große Probleme mit sich bringen würde. Unklar war auch, wie sich der wirtschaftspolitische Kurs entwickeln würde. Die Slowakei tendierte unter ihrem starken Mann, Premierminister Meciar, zu einer Richtungsänderung. Meciar hatte die Wahlen vom Juni 1992 mit zugkräftigen nationalen Parolen und dem Versprechen gewonnen, eines Kurswechsel zu einer sozialen und staatsinterventionistischen Politik zu vollziehen, eine Orientierung, die auch mehrheitlich von der Bevölkerung geteilt wurde.

2.2 Die erste Phase der Transformation (1993-1995) – starke Rezession und schnelle Erholung

Die Entwicklung in den ersten Monaten nach der Teilung schien die Befürchtungen zu bestätigen und die offiziellen zweckoptimistischen Prognosen zu widerlegen. Die Trennungsfolgen waren einschneidender als erwartet, wobei das vorschnelle Ende einer gemeinsamen Währung bereits im Februar 1992 besonders ins Gewicht fiel. Die wirtschaftlichen Daten des ersten Quartals waren alles andere als ermutigend. In der Slowakei stieg die Arbeitslosenrate bis Ende März auf 12,0%. Zahlreiche Unternehmen waren vom Bankrott bedroht. Die neue slowakische Währung geriet schnell unter Abwertungsdruck. Im Juli nahm die Nationalbank eine Abwertung von 10% vor. In der zweiten Jahreshälfte wurde vermehrt eine aktivere staatliche Wirtschaftspolitik propagiert, mit direkten Investitionshilfen und Anreizen für inländische und ausländische Investoren, obwohl weiter an einem stabilitätsorientierten Kurs festgehalten wurde. Dieser war bereits im Winter eingeleitet worden, vor allem unter dem Druck der schlechten Finanzlage und des Internationalen Währungsfonds. Im Sommer wurde auch die Mehrwertsteuer angehoben, um das Budgetdefizit einzudämmen. Die Wirtschaftslage blieb 1993 trotz einzelner Verbesserungen kritisch (vgl. Tabelle 1). Ende des Jahres betrug die Arbeitslosenrate bereits 14,4%. Für 1993 wurde der Rückgang des BIP mit 5%, die Inflation mit 23% und das Budgetdefizit mit 7% des BIP angegeben. Handelsbilanz und Zahlungsbilanz waren ebenfalls deutlich defizitär. Versprochene soziale Verbesserungen wurden nicht realisiert. Die Ausgaben für Soziales waren bereits im Budget gekürzt worden, die Reallöhne fielen um 6%. Es war denn auch nicht überraschend, daß in einer Umfrage im Dezember 1993 58% der Befragten angaben, daß ihr Lebensstandard sich im letzten Jahr verschlechtert habe, nur 13%, daß er sich verbessert habe.³ Auch die strukturellen Umstellungen wurden durch Konflikte um die weitere Privatisierungspolitik behindert. Die Regierung wollte bei der zweiten Welle die traditionellen Standardmethoden des Verkaufs und der Ausschreibung forcieren, die Coupons-Privatisierung hingegen zurückstutzen. Die offizielle Privatisierung kam denn nur langsam voran. Ende 1993 betrug der offiziell registrierte Anteil des Privatsektors knapp 40% des BIP, wenn man den Genossenschaftssektor – rund 14% des BIP – mitberücksichtigt; 1992 waren es 32% gewesen.

1994 gelang es, wie in den meisten andern osteuropäischen Staaten, eine makroökonomische Wende zu vollziehen. So begann die Industrieproduktion bereits ab dem ersten Quartal wieder zu steigen, die Inflationsrate ging – wenn auch mit Schwankungen – zurück. Die Arbeitslosenrate sank zwar nur für kurze Zeit und stieg bis Ende Jahr wieder auf 14,8% an; sie blieb damit aber trotzdem noch unter den anfänglichen Erwartungen. Die Wachstumsrate des BIP betrug 4,9%, deutlich mehr als im favorisierten Tschechien mit nur 2,6%. Auch die Inflation blieb mit 13% deutlich unter dem Vorjahreswert, genauso wie das Budgetdefizit mit 3,7%. Die wirt-

schaftliche Wende hing vor allem mit der verbesserten ausländischen Nachfrage zusammen. Die Exporte stiegen 1994 um über 20%, was im Zusammenspiel mit einer Importzunahme von nur 4% zu einer positiven Handels- und Leistungsbilanz führte. Die bescheidene Importzunahme war dabei durch eine restriktive Fiskalmaßnahme mitbedingt. Die Regierung Meciar hatte noch kurz vor ihrem Fall im März eine Importsteuer von 10% für Konsumgüter verfügt. Der restriktive Kurs wurde von der neuen Regierung Moravcik verschärft. So wurden härtere Budgetausgleichsmaßnahmen getroffen, um das Defizit unter 4% des BIP zu drücken, wie es vom IWF für die Gewährung von Beistandskrediten verlangt worden war.⁴

Die Privatisierung war auch 1994 Gegenstand heftiger Konflikte. So ließ Meciar kurz vor seinem Fall noch 45 Firmen privatisieren, z.T. an ihm politisch nahestehende Personen und Unternehmen. Die Nachfolgeregierung ließ einige problematische Fälle rückgängig machen und beschleunigte das Privatisierungstempo. Sie weitete auch die populäre Coupons-Privatisierung aus, die im September begann. Bis Ende November ließen sich über 90% der berechtigten Bürger und Bürgerinnen sowie 166 Investmentfonds registrieren. Von der neuen, Mitte Dezember ihr Amt antretenden Meciar-Regierung wurde das Programm aber wieder ausgesetzt. Trotz dieser Turbulenzen nahm der Privatsektor deutlich zu, nach offiziellen Angaben auf 58% des BIP. Das Engagement des Auslandskapitals hielt sich allerdings in engen Grenzen. 1994 waren mit rund 185 Millionen \$ zwar etwas mehr Direktinvestitionen getätigt worden als 1993, aber mit insgesamt 552 Millionen war der Gesamtbetrag immer noch bescheiden. Die Direktinvestitionen pro Kopf betrugen denn auch nur 1/3 jener in Tschechien.⁵ Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nahmen die Reallöhne deutlich um 8% zu, ohne allerdings zu einer wirklich spürbaren Verbesserung der materiellen Lage zu führen. In einer Umfrage von Anfang Januar 1995 gaben mit 47% zwar etwas weniger Leute als vor einem Jahr an, ihr Lebensstandard habe sich in den letzten 12 Monaten verschlechtert, aber nur 13% perzipierten eine Verbesserung. Diese Resultate widerspiegeln auch die zunehmende soziale Differenzierung, die durch eine Anfang 1994 durchgeführte Reduktion der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer gefördert wurde.

1995 bestimmte Meciar's zweite Regierung die Wirtschaftspolitik, die sich durch den Einbezug der linkspopulistischen ZRS noch heterogener präsentierte. Es gab erneut keinen klar ersichtlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, obwohl Meciar im Wahlkampf Versprechungen gemacht hatte, nun soziale Anliegen ins Zentrum zu stellen. Meciar unterstützte die restriktive Geldpolitik der Nationalbank und setzte vorerst die Priorität auf eine Sanierung des Budgetdefizites. So wurden Forderungen der Gewerkschaften zurückgebunden. Trotz der beschleunigten wirtschaftlichen Erholung verbesserten sich die Reallöhne 1995 nur um 4%, obwohl die Löhne zu den tieferen in Mitteleuropa gehörten.⁶ Die mit dem IMF abgemachte Einhaltung eines Budgetdefizites von maximal 3% wurde unterboten. Der gesamte Staatshaushalt verzeichnete sogar zum ersten Mal eine leicht positive Bilanz. Durch die weiterhin günstigen Außenhandelsbedingungen und die ver-

mehrte Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern war das Wachstum des BIP mit 7% deutlich höher ausgefallen als 1994. Zusammen mit Polen gehörte die Slowakei damit zu den Spitzenreitern in Europa. Auch die Inflation fiel mit knapp 10% etwas geringer aus als im Jahr zuvor, so daß sich die makroökonomischen Ergebnisse über Erwarten positiv präsentierten. Allerdings hatte sich die Arbeitslosenrate nur wenig zurückgebildet und blieb mit 13,1% Ende des Jahres immer noch hoch.

Für Auseinandersetzungen sorgte die Privatisierungspolitik. Anfang September setzte die Regierungskoalition weitreichende Änderungen durch. So wurde die zweite Coupons-Privatisierung gestoppt bzw. in eine andere Form überführt. Die Couponsinhaber sollten fünfjährige Staatsobligationen von 10.000 Kronen erhalten, die sie später für Käufe von Aktien ihrer eigenen Firmen oder von Aktien aus dem staatlichen Privatisierungsfond einsetzen können sollten. Dazu wurde ein neues Gesetz über die Staatsinteressen bei Unternehmungen verabschiedet, das rund 25 Unternehmen in staatlicher Hand beließ und rund 40 weitere Betriebe als strategisch wichtige, teilprivatisierte Betriebe mit speziellen staatlichen Kontrollrechten definierte. Damit verstärkte die Regierung ihren spezifischen Privatisierungskurs: Einerseits präferierte sie direkte Verkäufe, vor allem an das Management, z.T. auch an die Angestellten zu günstigen Bedingungen durch staatliche Kredite oder verminderte Aktienpreise.⁷ Andererseits strebte sie durch die dominierende Stellung des nationalen Privatisierungsfonds direkten Einfluß auf die Wirtschaft an. Damit konnten Meciar und seine Gefolgschaft eine zunehmende Kontrolle ausüben, sowohl durch den unmittelbaren Staatseinfluß wie durch die entstehenden persönlichen Bindungen. Dies lief auf eine Dominanz von Patronagerelationen hinaus, auf eine Art "Klientelkapitalismus", wie er sich, wenngleich etwas weniger ausgeprägt, auch in anderen osteuropäischen Ländern entwickelte. Umfragen zeigten, daß die von Meciar's Regierung eingeschlagene Privatisierungspolitik auf weniger Zustimmung stieß als die ihrer Vorgängerin. Im Dezember 1995 gaben nur 6% an, sie sei richtig, 28% meinten, sie sei teils richtig, teils falsch, und 40%, sie sei falsch. Die entsprechenden Zahl für die Moravcik-Regierung hatten noch 11% richtig und nur 16% falsch gelautet.⁸ Durch die Auseinandersetzungen hatte sich das Privatisierungstempo verzögert. 1995 wurden nach offiziellen Angaben nur gut weitere 7% des BIP vom privaten Sektor übernommen. Nicht zuletzt aufgrund der Privatisierungspolitik blieb auch das Interesse der ausländischen Investoren weiterhin gering. Bis Ende 1995 wurden nur 181 Millionen \$ Direktinvestitionen getätigt, unwesentlich mehr als im Vorjahr.⁹

Insgesamt ergab sich für die erste Phase der Transformation eine über Erwarten positive Bilanz. Allerdings waren Strukturschwächen nicht zu übersehen. Die Restrukturierung der Unternehmen war im Rückstand, und zwar noch deutlicher als in Tschechien. Slowakische Unternehmen waren stark verschuldet. Die Nettoverschuldung betrug 1995 23% des BIP, deutlich mehr als in Tschechien und Ungarn. Fast die Hälfte der Unternehmen kam ihren finanziellen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nach, gut 40%

der Kredite galten als gefährdet. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie hatte zwar 1993-95 zugenommen, war aber weniger schnell gewachsen als in Ungarn, Polen und Slowenien. Ein weiteres Handicap war die immer noch stark auf die Schwerindustrie ausgerichtete Branchenstruktur, wobei eine starke Exportabhängigkeit der Industrie bestand. 1995 wurden über 43% der Industrieproduktion exportiert, wobei nicht einmal ein halbes Dutzend Firmen für den Großteil des Exporterfolges verantwortlich waren.¹⁰

2.3 Die zweite Phase der Transformation (1996-1999) – Abgleiten in eine erneute Krise

Die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen von 1996 zeigten an, daß das slowakische "Wirtschaftswunder" deutliche Risse bekommen hatte. Zwar war die Wachstumsdynamik mit 6,6% immer noch hoch, und die Inflationsrate bildete sich mit weniger als 6% weiter zurück. Auch die Reallöhne zeigten mit über 7% die zweithöchste Wachstumsrate seit der Wende. Das hohe Wachstum war aber nur mit stark angestiegenen Staatsausgaben (insbesondere für Infrastrukturinvestitionen), einer Erhöhung der Lagerbestände und einer stark zunehmenden Verschuldung erreicht worden.¹¹ Erstmals gab es eine deutlich negative Zahlungsbilanz, die mit über 11% bedrohliche Ausmaße angenommen hatte (vgl. Tabelle 1). Verantwortlich dafür war vor allem ein enormes Außenhandelsdefizit, nachdem in den beiden Vorjahren jeweils noch ein leichter Überschuß resultiert hatte. Vor allem das Defizit mit Rußland, von dem die Slowakei bezüglich Rohstofflieferungen und Energieimporten abhängig war, hatte zugenommen. Zudem war die Exportstruktur zu stark durch Halbfabrikate dominiert, und der relative Konkurrenzvorteil durch billigere Löhne war in manchen Branchen zurückgegangen, nachdem die Löhne stärker als die Produktivität gestiegen waren. Auch die Arbeitslosenrate blieb mit 12,8% Ende des Jahres relativ hoch. Über die Hälfte aller Firmen (im Nicht-Finanzbereich, mit über 25 Beschäftigten) verzeichnete Verluste; der Anteil der Firmen ohne Zukunftschancen wurde selbst von offiziellen Stellen auf 20% geschätzt, gleich wie der Anteil prosperierender Firmen. Erschwerend kam hinzu, daß die direkten Auslandsinvestitionen mit 183 Millionen \$ wiederum nur gleich viel zunahmen wie in den beiden Vorjahren, obwohl die ostmitteleuropäischen Länder insgesamt stark zulegen konnten.¹²

Auch die eingeschlagene, sehr umstrittene Privatisierungspolitik wurde fortgesetzt, wobei das Tempo zunahm. Der Anteil des privaten Sektors wurde insgesamt von der EBRD auf rund 70% geschätzt; nach offiziellen Zahlen betrug er sogar 77%, 1995 waren es erst 66% gewesen (vgl. Tabelle 1). Dabei verschärfte sich der Trend zu einem Klientelkapitalismus weiter. Die Privatisierung beinhaltete vor allem Management-*Buyouts* zu sehr günstigen Bedingungen; durchschnittlich wurden z.B. 1996 nur 40% des Buchwertes verrechnet, wobei zusätzliche Erleichterungen wie verschobene Zahlungen und Investitionsbonusse gewährt wurden. Einzelne Entscheidungen wie der Verkauf der besonders profitablen Nafta Gbely zu einem

Sechstel des Buchwertes an eine vorher unbekannte Firma, hinter der hochgestellte Mitglieder der Meciar Partei HZDS steckten, wuchsen sich zu Skandalen aus.¹³ Umstritten war auch die Umwandlung der Coupons in Staatsobligationen. Bereits Ende 1995 hatten in einer Umfrage 51% diese Umwandlung als nicht richtig bezeichnet, nur 9% als richtig. Nachdem die Umwandlung realisiert worden war – die Coupons im Nominalwert von 1.000 Kronen wurden in Obligationen im Nominalwert von 10.000 Kronen umgetauscht –, wurde im August auch der Verkauf der Obligationen freigegeben. Viele wollten die Obligationen schnell abstoßen. Da der offizielle Preis von 7.500 zu hoch war, um genügend Käufer zu finden, entstand ein breiter Schwarzmarkt, bei dem die Preise wesentlich tiefer lagen. So ist es nicht überraschend, daß im November 1996 immer noch nur 9% die Umwandlung der Coupons als richtig bezeichneten, 47% aber als falsch. Auch im Herbst 1996 perzipierten nur 22% eine Verbesserung der finanziellen Lage ihres Haushaltes während des letzten Jahres, 40% aber eine Verschlechterung, während 36% keine Veränderung angaben. Insgesamt resultierte somit trotz der erwähnten Reallohnzunahmen eine unwesentlich positive Bilanz als 1995.¹⁴

Auch 1997 setzten sich ähnliche Entwicklungstendenzen fort. Insbesondere waren die Wachstumsrate des BIP mit 6,5%, die Inflationsrate mit gut 6% und die Zunahme der Reallöhne mit 6,6% praktisch gleich ausgefallen wie 1996 (vgl. Tabelle 1). Diese auch im Vergleich mit den andern ost-mitteleuropäischen Staaten sehr guten Ergebnisse konnten aber immer weniger darüber hinwegtäuschen, daß die Grundlagen der wirtschaftlichen Erfolge prekär waren. Obwohl die staatlichen Gesamtausgaben nicht mehr weiter gesteigert wurden, blieben sie auf dem hohen Niveau des Vorjahres, und das staatliche Defizit wuchs aufgrund geringerer Steuereinnahmen weiter an, von 1,9% des BIP 1996 auf 4,4%. Auch die gesamte externe Verschuldung nahm massiv zu und erreichte Ende 1997 bereits 51% des BIP (1996 erst 41%, 1995 33%). Das Außenhandelsdefizit hatte sich zuerst noch ausgeweitet; erst radikale Gegenmaßnahmen, wie die erneute Einführung einer siebenprozentigen Importsteuer im August, führten zu einer allerdings nur geringen Abnahme. Und das Zahlungsbilanzdefizit blieb mit 10% des BIP weiterhin viel zu hoch. Daß es in der Slowakei nicht wie in Tschechien zu einer größeren Währungskrise kam, trotz der parallelen Fluchtbewegungen im Mai weg von der slowakischen Krone, hing neben einer geschickten Interventionspolitik der Nationalbank vor allem mit der geringeren Bedeutung der ausländischen Guthaben zusammen.¹⁵ Die prestigeträchtige Verteidigung des Wechselkurses, die von der Nationalbank auch als Bremsinstrument gegenüber der Ausgabenpolitik der Regierung eingesetzt wurde, begann aber immer deutlicher negative Auswirkungen zu zeigen, da die reale Aufwertung zu hoch ausgefallen war – z.B. gegenüber der DM-Mark in den letzten drei Jahren um gut 20%. In der Industrie blieb der Produktionszuwachs mit 2,7% wie schon 1996 gering, und auch die Produktivitätssteigerung sowie vor allem die Profitabilität verbesserten sich wenig. Besonders akute Probleme traten im sonst schon schwachen

Finanzsektor auf, der unter der im Gefolge der Währungsturbulenzen von der Nationalbank gesetzten Liquiditätsschranken litt. Dies führte u.a. Ende Dezember zum Kollaps der drittgrößten Bank, der vom Staat dominierten IRB, und löste eine staatliche Rettungsaktion mit Finanzausschüssen aus.¹⁶

Die Regierung hatte bereits Mitte 1997 ein problematisches "Revitalisierungs"-Programm verabschiedet, daß "wichtigen" Unternehmen durch partielle Schuldenerlasse sowie den Aufschub von Steuern und Abgaben mehr Luft verschaffen sowie mögliche Bankrotte abwenden sollte. Unter den herrschenden, durch klientelistische Geflechte bestimmten Verhältnissen konnte dies aber keine effiziente Restrukturierung bewirken. Die large Bankrottgesetzgebung von 1993 war bisher schon nur zurückhaltend angewendet worden, so daß nur wenige marode Firmen liquidiert worden waren. Durch die relativ wenigen Entlassungen und das teilweise Wachstum von privaten Firmen blieb allerdings die Arbeitslosenquote Ende 1997 mit 12,5% auf dem gleichen Niveau wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Streiks gab es praktisch keine.¹⁷ Dazu hatte, ähnlich wie in Tschechien, eine korporatistische Sozialpolitik beigetragen, wobei im Rahmen einer tripartitischen Kommission von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften wichtige Themenbereiche wie Lohn- und Sozialpolitik einnehmlich zu regeln gesucht wurden. Die Beziehungen mit den Gewerkschaften begannen sich aber deutlich zu verschlechtern, wobei eine erneute staatlich verordnete Lohnkontrolle – die letzte war 1994 abgeschafft worden – und Energie-Preis-erhöhungen von besonderer Bedeutung waren. Eine weitere soziale Spannungsquelle stellte immer noch die Privatisierungspolitik dar, die im bisherigen Stil, wenn auch verlangsamt, weitergeführt wurde. Nach offiziellen Angaben nahm der Anteil des privaten Sektors am BIP 1997 nur noch um 5%punkte zu und beinhaltete insbesondere Management-Buyouts zu äußerst günstigen Bedingungen. Der Durchschnittspreis der direkten Verkäufe war noch weiter gesunken, auf nur noch 18% des Buchwertes. Zusammen mit der allgemeinen grassierenden Korruption führte dies zu einer geringen gesellschaftlichen Akzeptanz der Verteilungsstrukturen. Anfang 1997 meinten denn auch 91%, daß die Leute in der Slowakei durch unehrliche Methoden reich würden, noch mehr als Ende 1994 mit 86%. Und 74% gaben an, daß die Einkommenunterschiede verkleinert werden sollten.¹⁸

Während 1996 und 1997 das Abgleiten in eine Krise noch nicht klar sichtbar war, insbesondere dank der guten Wachstums- und Einkommenszuwachszahlen, stellte 1998 einen eigentlichen Wendepunkt dar. Nun bildete sich auch die Wachstumsrate zurück, auf zwar immer noch beachtliche 4,4%, und die Reallöhne stiegen nur noch um 2,7%. Vor allem nahm erstmals seit 1993 die Arbeitslosenrate wieder deutlich zu, nämlich auf 15,6%. Nur die Inflation konnte in etwa auf dem gleichen Niveau wie in den beiden Vorjahren gehalten werden. Das Budgetdefizit steigerte sich aufgrund unverändert hoher Ausgaben und geringerer Einnahmen auf fast 6% des BIP (vgl. Tabelle 1). Und trotz der schon erwähnten Importsteuer, die nicht zuletzt auf Druck des WTO wieder graduell reduziert und Ende Oktober ganz

abgeschafft wurde, resultierte für 1998 sogar ein größeres Handelsbilanzdefizit, da die Importe stärker als die nur leicht gesteigerten Exporte zugenommen hatten. Das Zahlungsbilanzdefizit blieb so auf der Höhe von gut 10% des BIP. Die Währung stand entsprechend unter Druck, was schließlich Anfang Oktober zur Aufgabe der bisherigen Wechselkurspolitik führte. Nach der Einführung des *Floating* wurde die Krone innerhalb einer Woche um 15% abgewertet. Die Situation im Bankensektor hatte sich weiter verschärft, wozu neben der Liquiditätsverknappungspolitik die sich verschlechternde Situation der Unternehmen beitrug. 1998 wurden denn auch mit 44% eine Rekordmarke gefährdeter Kredite registriert. Die direkten Auslandsinvestitionen, die im vorangegangenen Jahr mit nur rund 80 Millionen \$ einen Tiefstand erreicht hatten, zogen zwar mit 430 Millionen erstmals an, beschränkten sich aber vor allem auf wenige Investitionen wie ein profitables Montagewerk der Volkswagenwerke. Neue günstigere Investitionsbedingungen mit Steuererlässen, die Mitte 1998 in Kraft traten und einen partiellen Kurswechsel der unter enormen Druck stehenden Regierung beinhalteten, hatten dabei noch kaum eine Rolle gespielt.¹⁹

Obwohl die eingeleiteten Revitalisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen wenig brachten – Ende Februar traten zusätzlich etwas verschärfte Konkursregulierungen in Kraft –, stieg durch den Krisendruck und die ausländischen Investitionen die Arbeitsproduktivität in der Industrie erstmals mit 9% deutlich an. Aber die Gewinne brachen trotzdem ein, um gut die Hälfte gegenüber dem Vorjahr. Und wie erwähnt nahm die Arbeitslosenrate stark zu. Die Reallöhne stiegen auch nur noch gering an, z.T. aufgrund der gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzten Lohnregulierungen sowie Preiserhöhungen staatlich kontrollierter Preise wie Post, Telefon und Heizung. Das verschärfte die soziale Unzufriedenheit, die ebenfalls durch weitere Privatisierungsskandale wie denjenigen des petrochemischen Großunternehmens Slovnaft angeheizt worden war. Es war denn keine Überraschung, daß die Meciar-Koalition im September abgewählt wurde (vgl. Abschnitt 3.3). Die neue Regierung kündigte in ihrem Wirtschaftsprogramm austeritätsorientierte Sanierungsmaßnahmen und strukturelle Reformen an, die auch den Korruptions- und Klientelismus-„Sumpf“ trockenlegen sollten.

1999 zeigten sich denn auch partiell neuartige Entwicklungstendenzen. Die Stabilisierungsmaßnahmen brachten erste Erfolge, indem sowohl das Budgetdefizit auf rund 2% und das Zahlungsbilanzdefizit auf 5,8% reduziert werden konnten. Insbesondere war es gelungen, durch eine deutliche Steigerung der Exporte – hier wirkte sich vor allem die Abwertung aus – und eine leichte Verminderung der Importe – hier war mit der Einführung einer temporären Importsteuer von 7% erneut eine Notmaßnahme ergriffen worden – das Handelsdefizit fast zu halbieren. Die Budgetsituation wurde vor allem durch Sparmaßnahmen im Lohnbereich der öffentlichen Dienste, durch Preiserhöhungen für staatlich kontrollierte und subventionierte Leistungen wie Transporte und Mietkosten sowie die Erhöhungen indirekter Steuern entlastet. Erwartungsgemäß stieg aber durch die Sanierungsmaßnahmen

nicht nur die Inflation auf fast 14% an, auch die Wachstumsrate des BIP reduzierte sich weiter, auf nur noch knapp 2%. Insbesondere gingen die Investitionen erstmals seit 1994 um fast einen Fünftel zurück, wobei der staatliche und der private Sektor in etwa gleich betroffen waren.²⁰ Denn die Unternehmen litten vermehrt an Liquiditätsproblemen, und zwar aufgrund fehlender oder geringer eigener Reserven und der sehr beschränkten Kreditmöglichkeiten. Die Banken, vor allem die drei wichtigsten staatlich kontrollierten Großbanken, befanden sich selbst in einer kritischen Situation. So wurden nicht nur die Investitionen zurückgefahren, auch die Zahlungsrückstände, die bereits Ende 1998 20% des BIP erreicht hatten, stiegen weiter an. Es kam auch vermehrt zu Gruppenentlassungen, auf die fast 400 Unternehmen zurückgriffen. Die von der Regierung durch bessere rechtliche Regelungen und neue Privilegien geförderten ausländischen Direktinvestitionen blieben lange Zeit gering und erreichten erst mit dem Verkauf der staatlichen Aktien eines Großunternehmens im Dezember eine neue Rekordmarke von 680 Millionen \$.

Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, daß sich die soziale Situation deutlich verschlechterte. Die Arbeitslosenrate stieg schneller als im Vorjahr, vor allem seit dem Sommer, auf hohe 19,2% Ende des Jahres. Und was vor allem zählte: 1999 wurden nicht nur viele Arbeitsplätze abgebaut. Es wurden auch nur 9.000 neue Jobs geschaffen, 1997 waren es immerhin noch 70.000 gewesen. Und erstmals seit 1993 nahmen zudem die Reallöhne ab, und zwar um gut 3%. Dabei war vor allem der öffentliche Sektor betroffen, wo die Regierung die Löhne eingefroren hatte, während sie gleichzeitig die unpopulären generellen Lohnregulierungen der alten Regierung aufgehoben hatte. Obwohl breite Teile der Bevölkerung zuerst ein gewisses Verständnis für die Sanierungsmaßnahmen und ihre Folgen bekundeten, nahm dieses schon bald ab. Dazu trug die zu wenig erfolgreiche und konsequente Strukturreformpolitik bei, insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption und des Klientelismus. Das vorne erwähnte Gesetz über strategische Unternehmen von 1995, das vor allem Infrastrukturunternehmen und große Banken von der Privatisierung ausschloß, wurde zwar im Juni durch ein Privatisierungsgesetz abgelöst. Vergangene unsaubere Privatisierungen wurden einer Überprüfung unterzogen und teilweise rückgängig gemacht, wie im Falle der angeführten Firma Nafta Gbely, neue Privatisierungen wie diejenige des Monopolbetriebes Slovenske telekomunikacie oder die Verteilung von Lizenzen für Mobiltelefone eingeleitet. Dabei setzte es aber in den Medien Kritik am Vorgehen, und Verdachtsmomente über neue Unregelmäßigkeiten tauchten auf.²¹ Dies war für die neue Regierung besonders peinlich, da sie nicht zuletzt mit dem seit der "Samtenen Revolution" bekannten Saubermann-Slogan "Wir sind nicht wie die da" die Meciargruppe zu Fall gebracht hatte. Es ist denn auch nicht erstaunlich, daß in einer Umfrage im Oktober 1999, also nur ein Jahr nach dem Machtwechsel, Mehrheiten nicht nur eine Verschlechterung der Wirtschaftslage (74%, Verbesserung nur 4%) und des eigenen Lebensstandards (61%; Verbesserung nur 5%), sondern auch der Korruption und des

Klientelismus (46%; Verbesserung nur 6%) perzipierten. Und im Vergleich zum System vor der Wende meinten nur noch 28%, daß grundlegende Änderungen in der Wirtschaft notwendig gewesen waren. Das waren deutlich weniger als 1993 mit 49% oder auch als 1997 mit 39%.²²

Die offenen sozialen Konflikte hielten sich aber trotz der offensichtlichen Enttäuschungen im Rahmen, nicht zuletzt aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Traditionen und der eher geringen Erfolgschancen von Protestaktionen. Zwar kam es etwas mehr zu Streiks und streikähnlichen Aktionen. Die Eisenbahner lancierten z.B. im Februar 2000 einen Bummelstreik, der aber nach einem Verhandlungskompromiß wieder abgebrochen wurde. Auch für das Jahr 2000 gelang es in der tripartitischen Kommission, eine Vereinbarung zu finden. Darin wurden insbesondere eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit um 3% und kollektive Lohnabschlüsse auf Inflationsniveau festgehalten.²³ Gelingt es aber nicht, die angekündigten Ziele zu erreichen und wirtschaftlich-sozial mindestens partiell eine Wende zu vollziehen, dürften die Konflikte zunehmen und politisch dem Meciar-Lager zusätzlichen Auftrieb geben.

3. Die politische Entwicklung

3.1 Die Ausgangsbedingungen vor der Trennung

Wie bei den wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen ist es unumgänglich, zuerst die wichtigsten Ausgangsbedingungen vor der Unabhängigkeit aufzuzeigen. Die slowakische und die tschechische Teilrepublik unterschieden sich nämlich in ihrer politischen Entwicklung noch deutlicher als in der wirtschaftlichen. Das Erbe des realsozialistischen Systems bedingte zwar gleiche Erfordernisse, vor allem die Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen mit effizienten Parteien und Organisationen. Aber die Unterschiede in der politischen Tradition, der unmittelbare Ausgangslage und der konkreten Verlaufsdynamik führten zu verschiedenen Entwicklungsmustern.

Anfänglich waren allerdings noch weitgehend ähnliche Entwicklungen, insbesondere der Parteienlandschaft, zu beobachten. Neben den Hauptakteuren, den stark in die Defensive gedrängten Kommunisten, die als einzige eine relevante landesweite Partei bildeten, und den aus dem Kampf gegen das alte Regime entstandenen „Forumsparteien“, wurde in beiden Republiken eine ganze Reihe von „Parteien“ aktiv. Entscheidend war, daß die Forumsparteien, das tschechische „Bürgerforum“ und ihr slowakisches Pendant, die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, als sehr heterogene Gruppierungen schon bald in verschiedene Flügel und Parteien zerfielen, da sich persönliche Rivalitäten sowie unterschiedliche politische Orientierungen auswirkten. Zuerst hatte der Kampf um die ersten freien Wahlen vom Juni 1990 die Bewegungen noch zusammengehalten. In dieser Auseinandersetzung konnten die Forumbewegungen an Popularität zulegen, als Garanten für einen Sieg über die Kommunisten. Sie erzielten schließlich 51% der Stimmen in Tschechien und 33% in der Slowakei. Damit erreichten die bei-

den Gruppierungen deutliche Mehrheiten in den beiden föderalen Parlamentskammern sowie im Parlament der Tschechischen Republik, nicht aber in der Slowakischen Republik. Nach dem Sieg über die Kommunisten fiel das einigende Band weg. So kam es zu Flügelkämpfen, die in Tschechien im Frühling 1991 in der Bildung von drei verschiedenen Parteien kulminierten, wobei die rechtsliberal orientierte Partei ODS von Vaclav Klaus die stärkste Gruppierung wurde. In der Slowakei entwickelte sich die politische Lage anders, was vor allem mit den intensiven Konflikten um den Status der Teilrepubliken zusammenhing. Eine erste Auseinandersetzung hatte es schon im Winter 1990 um die Frage der Namensänderung gegeben. Im August begannen dann Verhandlungen um die Neuordnung der Kompetenzen, die provisorisch geregelt werden sollten, bis später eine neue Verfassung das Problem endgültig zu lösen hätte. Nach langem Hin und Her konnte man sich schließlich Mitte November auf eine Lösung einigen. Kompetenzen wurden an die Republiken delegiert, wie z.B. eigene Steuer- und Budgethoheit.²⁴ Kurz darauf kam es analog zum Bürgerforum zu einer offenen Krise in der "Öffentlichkeit gegen Gewalt". Eine oppositionelle, national orientierte Fraktion spaltete sich unter dem bisherigen charismatischen Ministerpräsidenten Meciar Ende April 1991 endgültig als "Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) ab. Meciar und seine Anhänger wurden aus der Regierung hinausgedrängt. Die Christlichdemokraten stellten in der neuen Regierung die meisten Minister und auch den Premier. Die HZDS von Meciar wurde aber mit Abstand die beliebteste politische Gruppierung. Trotz dieser Turbulenzen blieben die Forumsparteien politisch dominant und bildeten bis zu den Neuwahlen vom Frühling 1992 eine funktionsfähige Regierungskoalition.

Allerdings erwies sich der tschechisch-slowakische Gegensatz als stärker als erwartet. Dies führte nach den Wahlen zu einer grundlegend neuen Situation. Nach einem erbittert und teilweise recht demagogisch geführten Wahlkampf hatten sich die beiden jeweils stärksten Gruppierungen, diejenige von Meciar in der Slowakei und diejenige von Klaus in Tschechien, mit jeweils gut einem Drittel der Stimmen klar durchgesetzt (vgl. Tabelle 2). Die beiden führenden, programmatisch verschiedenen Parteien konnten zusammen mit ihren kleineren Verbündeten ihre Republiksparlamente dominieren sowie die föderalen Parlamente blockieren. So erreichte Meciar's Partei, die HZDS, zusammen mit dem (allerdings nur informellen) Koalitionspartner, der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei, im slowakischen Nationalrat 89 von 150 Sitzen. Damit war der Weg zur Spaltung programmiert. Nach diversen Ränkespielen wurde Ende Oktober ein Übereinkommen getroffen, das die meisten Punkte regelte. Schließlich stimmte auch die Föderalversammlung Ende November zu, am 1. Januar 1993 die Tschechoslowakei aufzulösen, nachdem die slowakischen und tschechischen Oppositionsparteien vergeblich auf einem Referendum bestanden hatten.

3.2 Die erste Phase (1993-1995) – politische Polarisierung und Instabilität

Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch gab es nach der Trennung beträchtliche Probleme, da die politische Situation sich schneller als erwartet destabilisierte. Im slowakischen Parlament verfügte die Partei Meciar zwar fast allein über die Mehrheit. Die HZDS wurde aber nach Erreichen des Hauptziels, der nationalen Unabhängigkeit, internen Spannungen ausgesetzt, da nun auch bei ihr persönliche Rivalitäten und politische Meinungsverschiedenheiten zum Tragen kamen. Dies zeigte sich bereits bei der Präsidentenwahl, bei der der Wunschkandidat Meciar durchfiel und ein Kompromißkandidat, Michal Kovac, gewählt wurde.²⁵ Auch die Beziehungen zum informellen Koalitionspartner, der Slowakischen Nationalpartei, wurden belastet. Bis zum Frühling entwickelte sich bereits eine politische Krise, nachdem der Außenminister nach Kritik an Meciar Führungsstil entlassen worden war. Er verließ mit acht weiteren Abgeordneten die Partei. Meciar mußte mit einer parlamentarischen Minderheit regieren. Die politischen Spannungen verschärften sich noch, da es in Meciar Partei zu weiteren Konflikten kam, vor allem zwischen dem relativ unabhängig agierenden Präsidenten und dem Premierminister. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme führten dazu, daß Meciar und seine Regierung bei der Bevölkerung an Terrain verloren. Hatten im Dezember 1992 noch 58% der Regierung ihr Vertrauen bekundet, so waren es im März 1993 noch 46% und im September 37%. Knapp ein Jahr nach der Spaltung gaben sogar 60% an, sie bedauerten die Spaltung der alten Tschechoslowakei. Die Partei Meciar, die HZDS, mußte deutliche Einbußen hinnehmen. Im Dezember 1992 war sie bei den Wahlpräferenzen noch von 31% der Befragten bevorzugt worden, im September nur noch von 15%. Zwar konnte Mitte Oktober endlich eine formelle Koalitionsvereinbarung mit der Nationalpartei getroffen und Anfang November eine Koalitionsregierung gebildet werden. Meciar und seine Gefolgsleute gerieten aber in der Folge weiter unter Druck. In der HZDS nahmen die internen Konflikte zu, vor allem zwischen dem Präsidenten Kovac und dem immer mehr in die Defensive gedrängten Premierminister Meciar. Auch innerhalb der SNS zeigten sich deutliche Spannungen, wobei 6 der 14 Abgeordneten die Regierung praktisch nicht mehr unterstützten.²⁶

So ergab sich Anfang 1994 eine eigentliche Pattsituation zwischen Regierung und Opposition, die sich zu einer schwerwiegenden Krise entwickelte, nachdem weitere 12 Abgeordnete der HZDS sowie zwei Minister Meciar die Gefolgschaft verweigerten. Am 11. März wurde Meciar Regierung durch ein Mißtrauensvotum des Parlamentes gestürzt. Ihren Sturz begrüßten 44%, 39% lehnten ihn ab, was die Polarisierung nicht nur der Politiker, sondern auch der breiten Bevölkerung illustriert. Bis zu den vorzeitigen Neuwahlen im September regierte dann eine bunte Koalition von Meciar-Gegnern aus fünf Parteien. Diese reichte von den in der Mitte und rechts davon stehenden Christdemokraten über die neu entstandene Zentrums-Gruppe-

rung der Demokratischen Union DU, zu der auch der neue Premier Jozef Moravcik gehörte, bis hin zu der postkommunistischen Demokratischen Linken, der SLD. Der neuen Regierung, die auf die stillschweigende Unterstützung der ungarischen Minderheitsparteien zählen konnte, vertrauten im April immerhin 54%, fast soviel, wie Meciar's Mannschaft zu Beginn der Unabhängigkeit erzielt hatte. Obwohl die Regierung insgesamt wenig an Vertrauen einbüßte, manövrierte sie sich in eine heikle Situation. Wie bereits vorne erwähnt worden ist, verlor sie vor allem durch ihre stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unterstützung. Sie konnte damit die gesellschaftlichen Erwartungen auf eine Verbesserung der materiellen Bedingungen nicht erfüllen. So konnte Meciar's Partei wieder zulegen, während vor allem die SLD durch die im Frühling erfolgte Abspaltung einer linkspopulistischen Gruppierung, der Arbeiterunion ZSR, Einbußen hinnehmen mußte. Meciar, Experte in politischen *Comebacks*, schaffte es erneut, sich mit einem aufwendigen, aggressiv-populistischen Wahlkampf in die vorderste Front der politischen Auseinandersetzung zu stellen.²⁷ Die Beteiligung fiel bei den Wahlen von Ende September mit 75% denn auch hoch aus. Von den 18 Parteien und Koalitionen, die an den Wahlen teilnahmen, konnten 7 die Prozhürde überschreiten. Mit der zentrumsorientierten DU und der linkspopulistischen ZRS waren zwei neue Parteien dazugekommen (vgl. Tabelle 2). In einer Koalition mit der kleinen Bauernpartei RSS errang Meciar's HZDS 35,0% der Stimmen, nur gut 2 Prozentpunkte weniger als 1992. Damit lag sie klar vor dem durch die Postkommunisten der SLD dominierten Wahlbündnis SV, Gemeinsame Wahl, mit enttäuschenden 10%. Knapp dahinter folgten die ungarische Parteienkoalition und die Christdemokraten. Mit 7% schnitt die ZRS überraschend gut ab, während die rechtsnationalistische Nationalpartei mit 5% einen Rückschlag hinnehmen mußte.

Meciar konnte mit seinem früheren Koalitionspartner, der geschwächten Slowakischen Nationalpartei, keine mehrheitsfähige Regierung mehr bilden. Eine Zusammenarbeit mit einer der bisherigen Regierungsparteien kam wegen inhaltlichen und persönlichen Konflikten nicht in Frage. Meciar suchte so die Unterstützung der ZRS. Und obwohl diese zuerst in der Opposition bleiben wollte, näherte sie sich Meciar immer mehr an. Bereits in den ersten Parlamentssitzungen stimmte sie mit der Meciar-Partei, die eine politische Frontalattacke startete. Mißliebige Führungskräfte in wichtigen Positionen wie den staatlichen Medien und den Privatisierungsorganen wurden entlassen, bereits beschlossene Gesetze geändert. Die Opposition protestierte energisch gegen diese Maßnahmen; eine Straßendemonstrationen in der Hauptstadt Bratislava – allerdings mit nur gegen 10.000 Teilnehmern – unterstrich Mitte November, am fünften Jahrestag der "Samtenen Revolution", den Widerstand gegen den "Meciarismus". Mitte Dezember gelang es Meciar schließlich, eine formelle Koalition zu bilden und eine neue Regierung zusammenzustellen, die in ihrer Zusammensetzung selbst für Osteuropa ziemlich kurios war. Sie umfaßte neben der klar dominierenden, diffus nationalpopulistisch orientierten Partei Meciar's auch die rechtsnationale SNS sowie die linkspopulistische ZRS. Allerdings hatte

die sehr heterogene Koalition Mühe, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. In wichtigen Fragen vertraten die Regierungsparteien verschiedene Ansichten. So war die SNS radikal nationalistisch und deutlich gegen die Berücksichtigung von Minderheitsinteressen eingestellt. Die ZSR wandte sich vor allem gegen die Privatisierung und die europäische Integration. Meciar's Partei wollte einen einigermaßen moderaten Kurs steuern und es mit der EU und dem Westen nicht ganz verderben. Bei der Präsentation des Regierungsprogramms Mitte Januar bezeichnete er sogar die Integration mit Europa als ein Hauptziel seiner Politik. Und im Juni 1995 stellte die Slowakei ein offizielles Beitritts-gesuch an die EU. Obwohl seine Koalitionspartner immer wieder konträre Meinungen zum offiziellen Europakurs und zum angestrebten Nato-Beitritt von sich gaben, dominierte Meciar's Position die Politik. Ein Zeichen hierfür war auch die im März 1995 erfolgte Einigung mit Ungarn über die Minderheitenrechte. Allerdings verzögerte sich dann die Ratifikation des Vertrages wegen Unstimmigkeiten in der Koalition bis zum März 1996.²⁸

Die innenpolitische Situation war durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Meciar versuchte mit allen Mitteln, seine Position auszubauen und diejenige seiner Gegenspieler auszuhöhlen. Besonders mit Präsident Kovac stand er im Dauerstreit. Um die Kontrolle des Geheimdienstes gab es z.B. schon im Frühling eine heftige Auseinandersetzung. Meciar ließ schließlich vom Parlament ein ihm wichtige Kompetenzen zuerkennendes Sicherheitsdienst-Gesetz verabschieden. Auch die Beziehungen mit der ungarischen Minderheit verschlechterten sich, wobei eigenwillige Interpretationen des Ungarnabkommens eine zentrale Rolle spielten. Mitte November 1995 wurde ein restriktives Sprachengesetz verabschiedet, das für alle offiziellen Funktionen Slowakisch zur einzig akzeptierten Sprache erklärte. Eine internationales Aufsehen erregende Affäre spielte sich im August ab. Ein wegen Betrugsverdacht von Deutschland polizeilich ausgeschriebener Sohn des Präsidenten wurde in der Slowakei entführt und nach Österreich gebracht, wo er inhaftiert wurde.²⁹ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es nicht überraschend, daß Meciar und seine Gefolgschaft weiterhin polarisierend auf die Bevölkerung wirkten. Im März 1995 vertrauten der Regierung 45%, im Dezember immer noch 42%. Die großen Unterschiede nach Parteipräferenzen illustrierten die Polarisierung. In die Regierung hatten Ende 1995 92% der Anhänger der Meciar-Partei HZDS Vertrauen, 67% der Anhänger der SNS und 62% der ZRS. Bei den Sympathisanten der Oppositionsparteien waren es überall weniger als 20%. Gut zwei Drittel der Bevölkerung waren im November 1995 auch unzufrieden über die Entwicklung der Demokratie. Besonders verschlechtert hatte sich die Einschätzung, wie die Menschenrechte respektiert würden. Bis 1994 war eine deutlich Mehrheit der Meinung gewesen, diese würden respektiert. 1995 war dies nicht mehr der Fall, 42% positiven Bewertungen standen 51% negativen gegenüber.³⁰ Erstaunlicherweise blieb aber Meciar's Partei trotz aller Frustrationen die populärste Partei. Im Dezember 1995 wurde die HZDS immer noch von 29% präferiert, vor der Zentrums-partei DU mit 12%, den

Christdemokraten der KDH mit 10%, der postkommunistischen Linken der SDL mit 8%. Meciar blieb ebenfalls der vertrauenswürdigste Politiker mit rund einem Viertel Nennungen. Auch die Einstellung zum eigenen Staat war etwas positiver bzw. pragmatischer geworden. Zwar hielten sich Ende 1995 diejenigen, welche die Teilung der Tschechoslowakei weiterhin für einen Fehler halten, und diejenigen, welche sie als richtig beurteilen, mit je einem guten Drittel die Waage. Aber 27% gaben an, sie seien zwar zuerst dagegen gewesen, würden die Teilung jetzt aber akzeptieren.³¹ Abschließend kann das Fazit gezogen werden, daß sich, ähnlich wie in Polen, in der ersten Phase eine gespannte und stark polarisierte politische Lage entwickelt hatte. Im Gegensatz zu Polen war aber die aus Dreiparteien bestehende „Rechts-Mitte-Links“-Koalition von Meciar nicht nur heterogener zusammengesetzt als die polnische Zwei-Parteien-Koalition aus Postkommunisten und Bauernpartei, sie setzte auch ihre Anhänger viel unverschämter an die relevanten Posten in Staat, Medien und Wirtschaft. Vor allem benutzte sie Methoden, die z.T. ungesetzlich und sogar kriminell waren. Das setzte Meciar Slowakei auch international deutlich ins Abseits.

3.3 Die zweite Phase (1996-1999): Der Aufstieg der Opposition zur Macht und die Gefährdung ihrer Stellung

Wie im wirtschaftlichen Bereich zeigten sich 1996 auch im politischen Bereich erste Anzeichen einer Wende. Die gesellschaftliche Unterstützung nahm erstmals, wenn auch langsam ab. Zudem konnte sich die Opposition etwas besser konsolidieren. Die Regierungskoalition baute vor allem ihre Machtpositionen weiter aus, was ihr vermehrte Kritik eintrug. Neben den staatlichen Organen und den elektronischen Massenmedien, die bisher im Zentrum gestanden waren, traten neue Bereiche, wie die regionale Verwaltungsstruktur, Stiftungen, Universitäten und Kulturinstitutionen.³² Im Sommer wurde vom Parlament ein Veto des Präsidenten gegen ein neues Gesetz über die regionale Verwaltung überstimmt. Dieses ermöglichte es der Meciar-Partei, vermehrten Einfluß zu erlangen. Die HZDS ergattete entsprechend alle acht regionalen Chefposten. Allerdings hatte der Macht Hunger der HZDS die internen Koalitionskonflikte verstärkt, wobei es, wie vorne erwähnt, im Sommer sogar wegen der Führungsbesetzung eines Versicherungsunternehmens zu einer offenen Krise gekommen war. Ein neues Gesetz über die höhere Bildung beschnitt die Autonomie der Universitäten. Zudem wurden durch den Kulturminister kritische Leiter von Kulturinstitutionen durch regierungsloyale Personen ersetzt. Bereits im Winter war ein restriktives Gesetz gegenüber privaten Stiftungen, die sich immer mehr zu einem Pfeiler einer unabhängigen Zivilgesellschaft entwickelten, vorge schlagen und schließlich gegen breiten Widerstand durchgesetzt worden. Meciar und seine Koalition versuchten ebenfalls mehr ökonomischen Druck auf die immer noch breit gefächerte Presse zu machen, indem etwa Zeitungen durch Meciar nahestehende Kreise aufgekauft und die Redaktionen ausgewechselt wurden, wie im Falle der Narodna obroda. Ein besonders

umstrittenes "Gesetz zum Schutz der Republik", das interne Kritiker mit Sanktionen bedrohte, wurde zwar vom Parlament im März verabschiedet, aber nach dem Veto des Präsidenten und auf breiten gesellschaftlichen Widerstand hin, der von der politischen Opposition über die Gewerkschaften bis hin zur Kirche reichte, deutlich abgeschwächt und schließlich nach einem erneuten präsidentiellen Veto fallengelassen.³³ Im Zentrum des Interesses stand 1996 vor allem die erwähnte Affäre um die Entführung des Präsidentensohnes und ihre Folgen, welche die Härte der politischen Auseinandersetzung und die bereits erreichte Macht von Meciar und seinen engsten Gefolgsleuten über die Staatsorgane deutlich illustrierten. Obwohl viele Hinweise auf eine Involvierung des SIS, des Geheimdienstes, bestanden, wurde die offizielle Untersuchung ohne Ergebnis im August abgeschlossen. Besondere Aufmerksamkeit erregte Ende April der Tod eines Ex-Polizeioffiziers, der als Freund eines ehemaligen SIS-Agenten über brennende Informationen zum Entführungsfall verfügt haben soll. Sein Auto war in die Luft geflogen, wobei die Polizei erst einen technischen Defekt vermutete, später aber zugab, daß es wahrscheinlich ein Sprengstoffattentat gewesen sei. Der Fall wurde Mitte Oktober ebenfalls ergebnislos zu den Akten gelegt.³⁴

Die Mitte-Rechts-Opposition versuchte, mit einer Ende Oktober gegründeten, allerdings nur losen "blauen Koalition" erstmals eine einheitlichere politische Front zu bilden, wobei die Christdemokraten und die Demokratische Union die zentrale Rolle spielten. Auch die sonst eher gespannte Zusammenarbeit mit der auf regionale Autonomie pochenden ungarischen Parteienkoalition verbesserte sich etwas. Mit der größten Oppositionspartei, der postkommunistischen SLD, blieben die Beziehungen aber kühl, so daß keine übergreifende gemeinsame Oppositionsfront entstand. Zum Gedenken an die "Samtene Revolution" wurden aber immerhin in über zwanzig Städten Protestveranstaltungen durchgeführt, wobei in Bratislava mit 20.000 Demonstranten doppelt so viele Personen wie im Vorjahr teilnahmen. Meciar's politische Position blieb aber trotz der verstärkten Opposition stabil, im Gegensatz zur vorne beschriebenen Entwicklung zu Beginn der Unabhängigkeit. Er leistete sich im Dezember sogar einen neuen Affront, der einmal mehr auch das EU-Parlament zu Protesten veranlaßte. Ein Abgeordneter der HZDS, der im November die Meciar-Partei verlassen hatte, war ohne verfassungsrechtliche Grundlage einen Monat später vom Parlament seines Mandates enthoben worden. Meciar wollte damit allfälligen Absetzbewegungen, wie sie 1994 zu seinem Sturz geführt hatten, einen Riegel vorschieben. Dies schien ihm wohl umso angebrachter, als die gesellschaftliche Unterstützung zu erodieren begann. Hatten im April 1996 weiterhin 42% Vertrauen zur Regierung bekundet, waren es im September noch 36%. Die Meciar-Partei HZDS wollten im April 32% wählen, im November hingegen nur 24%. Der Gesamtanteil der drei Koalitionsparteien betrug noch schwache 35,2%.³⁵

1997 stellte insofern eine wichtige Weichenstellung dar, als sich die politische Polarisierung zuspitzte und sich der größte Teil der Opposition nun

auch organisatorisch zusammenschloß. Eine erste Mobilisierung brachte die Referendumskampagne für die direkte Volkswahl des Präsidenten. Um eine weitere politische Monopolisierung durch die Regierungskoalition zu verhindern – die Amtsdauer des Meciar kritisch gegenüberstehenden Präsidenten Kovac lief im Frühling 1998 aus, verlangten die meisten Oppositionskräfte mittels eines Anfang Jahr gestarteten Referendums die Volkswahl des Präsidenten. Dabei wurden über eine halbe Million Unterschriften gesammelt. Das gleichzeitig vom Parlament verlangte Referendum über einen allfälligen NATO-Beitritt bewegte die von den oppositionellen Kräfte dominierte Referendumskommission dazu, vier Fragen auszu-schreiben – drei zur NATO, eine zur Volkswahl –, was von der Regierungskoalition vehement bekämpft wurde. Nach umständlichen gerichtlichen Auseinandersetzungen entschied der Innenminister zwei Tage vor der Abstimmung eigenmächtig, die Stimmzettel auf die drei Fragen zur NATO zu reduzieren. Dem Boykottaufruf der gesamten Opposition, inklusive der "Postkommunisten", wurde in der Folge weitgehend entsprochen, gingen doch am 23. Mai nur gerade 9,5% an die Urnen. Umfragen zeigten, daß sonst fast 60% teilgenommen hätten und sich von diesen deutliche Mehrheiten sowohl für den NATO-Beitritt wie für die Volkswahl des Präsidenten ausgesprochen hätten.³⁶ Die ganze Affäre brachte nicht nur eine weitere Verhärtung der innenpolitischen Fronten, sondern auch Kritik aus dem Ausland. Daß die Slowakei im Sommer nicht zu NATO- und EU-Beitrittsverhandlungen eingeladen wurde, stellte keine Überraschung dar.

Die weiter verschärfte Polarisierung hatte die Oppositionsparteien näher zusammengebracht, und im Juli erfolgte die offizielle Bildung der SDK, der "Slowakischen Demokratischen Koalition", einer Wahlallianz von fünf Parteien. Deren Spektrum reichte von den kleinen Mitte-Links-Parteien, der Grünen Partei und der Sozialdemokratischen Partei, deren Wahlpräferenzen jeweils um die 3-5% schwankten, bis zu den im Zentrum und gemäßigt rechts stehenden Parteien, den relativ großen Parteien der Christdemokraten und der Demokratischen Union mit Wähleranteilen um die 10-12%, sowie der kleinen Demokratischen Partei mit rund 4-6%. Damit verfügten sie zur Zeit ihrer Gründung über gut ein Drittel aller Wahlpräferenzen. Meciar's HZDS, die im Gefolge der heftigen Auseinandersetzungen wieder etwas zulegen konnte, kam hingegen nur auf 27%. Die Polarisierung zeigte sich auch im Vertrauen zur Regierung. 39% gaben im Juli, an Vertrauen zu haben, 57% nicht. Bis im Herbst verloren dann zwar beide Gruppierungen etwas an Unterstützung, aber die Parteienlandschaft war fortan durch die heftigen Konflikte zwischen den beiden großen Gruppierungen geprägt.

Diese Tendenz verschärfte sich im Wahljahr 1998 weiter. Dies äußerte sich auch in den konkreten politischen Auseinandersetzungen, wobei die Unmöglichkeit, im Frühling einen neuen Präsidenten zu wählen – es hätte dazu 60% der Stimmen im Parlament bedurft – besonders hervorstach. Zwar wurde durch die Gründung einer neuen Partei links der Mitte, der SOP, der "Partei für zivile Verständigung" von Rudolf Schuster, dem populären

Bürgermeister von Kosice, das Parteienspektrum erweitert. Diese Partei konnte auf Anhieb im Februar über 10% der Wählerpräferenzen holen und steigerte sich in der Folge weiter. Im Juli 1998 betrug ihr Wähleranteil je nach Umfrage 14-18%.³⁷ Dies ging zwar vor allem auf Kosten der größten Oppositionsgruppierung, der SDK, deren Anteil im Juli nur noch 21-23% betrug. Damit lag sie in etwa gleich auf mit Meciar's HZDS, die auf 20-26% kam. Da aber Schusters Partei auch in Opposition zu Meciar stand und die Koalitionspartner Meciar's schwach abschnitten – die linkspopulistische ZRS klar unter der Fünfprozenthürde, die rechtsnationale SNS um 7-9% –, war die Ausgangslage zu den Wahlen von Ende September klar. Es zeichnete sich eine deutliche Niederlage Meciar's und ein Sieg der Oppositionskräfte ab. Obwohl es Meciar's HZDS mit einem intensiv geführten Wahlkampf erneut schaffte, mit 27% stärkste Gruppierung zu werden, war der Vorsprung auf die SDK mit ihren 26,4% nur minimal (vgl. Tabelle 2).³⁸ Schusters SOP war hingegen im stark polarisierten Wahlkampf zurückgeblieben und erreichte nur 8%, noch hinter der recht gut abschneidenden "post-kommunistischen" SDL mit 14,7% sowie der Partei der Ungarischen Koalition SMK und den rechtsnationalen SNS mit je 9,1%. Alle andern Parteien – es waren insgesamt 17 Parteien angetreten, nur eine weniger als 1994 – vermochten die Prozenzhürde nicht zu überschreiten. Der bisherige Koalitionspartner, die ZRS, schnitt dabei mit nur 1,3% der Stimmen ausgesprochen schlecht ab. Damit war der Machtwechsel programmiert. Zwar wäre es Meciar theoretisch möglich gewesen, mit seinem bisherigen Koalitionspartner und einem weiteren neuen "Partner", etwa der SDL, eine Koalition zu bilden. Dies war aber faktisch nach der klaren Trennung in Pro-Meciar - und Anti-Meciar-Kräfte nicht möglich. So kam es, ähnlich wie schon 1994, zu einer breiten Anti-Meciar-Koalitionsregierung. Dieser gehörten neben der selbst sehr heterogenen, nun tonangebenden SDK – sie stellte die meisten Minister und mit dem Reformpolitiker Mikulas Dzurinda auch den Premierminister – die "linke" SDL und die Mitte-Links-Partei SOP sowie erstmals die ungarische Parteienkoalition SMK an. Dies bedeutete eine komfortable Mehrheit von 93 Sitzen im 150 Sitze umfassenden Parlament, welche auch Verfassungsänderungen ermöglichte.

Der Hauptgrund für den Erfolg der Anti-Meciar-Kräfte, die vorne beschriebene wirtschaftliche Krise, bildete auch die Hauptschwierigkeit für die neue Regierung, erfolgreich und populär zu bleiben. Die neue Regierung erhielt zwar einen deutlichen Vertrauensvorschuß; im November 1998 bekundeten immerhin 57% Vertrauen in sie, nur 37% äußerten kein Vertrauen. Und obwohl in der Bevölkerung ein gewisses Verständnis für unpopuläre Maßnahmen vorhanden war, erodierte dieses mit zunehmender Dauer und Schärfe der Austeritätsmaßnahmen. Dazu kam, daß sich die programmatisch und personell sehr heterogene Koalition mit zunehmenden internen Streitigkeiten und dem bereits vorne erwähnten Gerangel um Machtpositionen und Korruptionsaffären diskreditierte und damit ihren hehren Wahlversprechen nicht gerecht werden konnte. Zwar gelang es im Mai, die vom Parlament durch eine Verfassungsänderung beschlossenen direkten Präsident-

schaftswahlen zu gewinnen. Der populäre Rudolf Schuster erzielte im zweiten Wahlgang 57%; 43% erreichte sein Gegenspieler, Vladimir Meciar, der nach einem kurzen Abtauchen erneut auf die politische Bühne zurückgekehrt und während der Nato-Bombardierungen Jugoslawiens erneut erstarkt war. Nur innerhalb eines Jahres sank das Vertrauen in die Regierung deutlich. Im Oktober 1999 bekundeten nur noch 38% Vertrauen, 60% kein Vertrauen. Das sind Zahlen, wie sie auch Meciar in etwa vor seiner Wahlniederlage verzeichnet hatte.³⁹ Vor allem Ministerpräsident Dzurinda, der im Januar noch von 26% als der vertrauenswürdigste Politiker bezeichnet worden war, fiel auf nur 14% zurück, während Meciar von 16% auf 18% zulegen konnte.

Die Bilanz der Bevölkerung über die Regierungstätigkeit nach einem Jahr fiel ebenfalls kritisch aus. Eine Ausnahme bildete nur die Einschätzung der internationalen Stellung der Slowakei, wo 39% eine Verbesserung und 20% eine Verschlechterung perzipierten. Das war keine Überraschung, war es doch der Regierung gelungen, wieder Anschluß an Europa zu finden, wobei dann die offizielle Einladung zu EU-Beitrittsverhandlungen im Dezember 1999 den Höhepunkt darstellte. Beim Bereich demokratischer Verhältnisse, einem Punkt, der auch prominent im Regierungsprogramm fungierte, nahmen aber nur 22% eine Verbesserung wahr, 32% sogar eine Verschlechterung. Hierbei war die Verabschiedung eines Sprachengesetzes im Juli, das Ungarisch zur zweiten Amtssprache in rund 500 Gemeinden mit einem Anteil von über 20% Ungarisch Sprechenden erklärte, von einiger Bedeutung gewesen; vielen Ungarn ging dies zu wenig weit, während viele Slowaken es als zu großzügig ablehnten. Insgesamt gesehen war es also kein Wunder, daß Meciars Partei HZDS in den Wählerpräferenzen wieder zur stärksten Partei aufstieg, während die zusätzlich von internen Querelen zerrissene Regierungspartei SDK deutlich zurückfiel. Bereits im Juni 1999 hätte die HZDS 29% errungen, die SDK noch 20%. Die SDK geriet schließlich im Winter 2000 in eine große Krise, nachdem sich faktisch bereits im Januar Ministerpräsident Dzurinda mit der Gründung der Demokratischen und Christlichen Union SDKU abgesetzt hatte. Durch eine weitere Spaltung bei der linken SDL hatte sich das Parteienspektrum zudem zusätzlich verändert. Die Intrigen und Machtspiele der Politiker stießen bei der Bevölkerung weitgehend auf Ablehnung und verstärkten die politische Entfremdung. Allerdings konnte Meciars Lager davon nur bedingt profitieren. Zwar war die HZDS schon seit längerer Zeit in den Umfragen mit Abstand die wählerstärkste Partei. Aber die seit Monaten von ihr vorgebrachte Referendumsforderung nach Neuwahlen, die vom Verfassungsgericht als legal, aber bei einer allfälligen Abstimmung nicht bindend erklärt wurde, stieß in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung.⁴⁰

Die innenpolitische Auseinandersetzung zwischen dem Pro- und dem Anti-Meciar-Lager hatte sich zwischenzeitlich weiter verschärft. Daß das Regierungslager Politiker des alten Regimes, die sich illegale Aktivitäten zuschulden hatten kommen lassen, zur Verantwortung ziehen wollte, stieß bei einer Bevölkerungsmehrheit auf Verständnis, wie etwa im Falle des ehe-

maligen Geheimdienstchefs Ivan Lexa, dessen parlamentarische Immunität schon im April 1999 aufgehoben und der anschließend verhaftet worden war.⁴¹ Daß im April 2000 aber auch Meciar, der sich geweigert hatte, als Zeuge auszusagen, in einer spektakulären Polizeiaktion für kurze Zeit verhaftet wurde, war in der Öffentlichkeit umstrittener, da der Verdacht nahelag, daß die Regierung damit von ihren internen Schwierigkeiten ablenken wollte. Seit Mitte Mai begann die HZDS denn auch in verschiedenen Städten Protestdemonstrationen gegen die vermeintliche "Kriminalisierung" ihrer Spitzenpolitiker zu organisieren.⁴² Gefährlicher als die Oppositionstätigkeiten der HZDS sind für die Regierung die ständigen Konflikte zwischen den Koalitionspartnern. So bestätigte zum Beispiel das Parlament nach der Einreichung eines Mißtrauensantrages Ministerpräsident Dzurinda Mitte April in seinem Amt nur relativ knapp. Für die Abberufung waren 60 Abgeordnete, dagegen stimmten 72, neun Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Mißtrauen erklärten erstaunlicherweise auch der Vorsitzende des Parlaments und der Mitregierungspartei SDL, Jozef Migal, sowie ein Teil der Abgeordneten der SDL. Die Abberufung des Ministerpräsidenten hätte laut slowakischer Verfassung den Sturz der ganzen Regierung bedeutet.

4. Fazit und Ausblick

Versucht man eine Gesamtbilanz zu ziehen, fällt an der bisherigen Entwicklung der Slowakei sicherlich ihr widersprüchlicher und instabiler, weitgehend zyklisch verlaufender Charakter auf. Dies betraf sowohl die wirtschaftlich-soziale wie vor allem die politische Entwicklung. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches und bei den meisten Transformationsländern feststellbar – wenn auch mit unterschiedlichen Akzentsetzungen und Verlaufsmustern. Wie bereits in der Einleitung bemerkt worden war, zeigte die Slowakei aber auch spezifische Eigenheiten, die zu einem beträchtlichen Teil direkt oder indirekt mit der "nationalen" Frage bzw. der neuen Staatlichkeit zusammenhingen. Einige relevante Ähnlichkeiten und Differenzen sollen kurz im folgenden im Vergleich mit den Entwicklungen der Nachbarländer Tschechien und Polen aufgezeigt werden.⁴³

Insgesamt verlief, wie gesagt, die wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Slowakei widersprüchlich, aber weniger ungünstig, als von vielen Experten erwartet worden war. Bezeichnend hierfür ist die relativ günstige Wachstumsbilanz. Polen übertraf als Spitzenreiter 1999 den Stand des Bruttoinlandproduktes von 1989 um gut einen Fünftel. Es folgten Slowenien mit rund 7% über dem Stand von 1989; dahinter plazierte sich bereits die Slowakei mit 1%, noch vor Ungarn mit -1% und Tschechien mit -4%. Daß die Slowakei zwischen Polen und Tschechien lag, ist nicht untypisch. Durch die gemeinsame Vergangenheit bedingt, waren teilweise ähnliche Entwicklungen wie in Tschechien erfolgt (vgl. auch Tabelle 1). Durch teilweise zu Polen verwandte Ausgangsbedingungen resultierten auch einige Gemeinsamkeiten mit dem nördlichen Nachbarland. So kann die Slowakei als ein inter-

essantes „Zwischen“-Beispiel angesehen werden. Noch als Teil der alten Tschechoslowakei wies die Slowakei neben ähnlichen Trends Entwicklungen auf, die von denjenigen Tschechiens abwichen, wie schon in Abschnitt 2.1 aufgezeigt worden ist. Zu nennen ist hier vor allem die schnell angestiegene Arbeitslosigkeit, die polnische Ausmaße erreichte und vor allem auf ungünstigere Branchenstrukturen und weniger neue Firmen zurückzuführen war, oder auch die höheren Budgetdefizite, die ebenfalls damit zusammenhingen. 1993, im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit, kam es zum erwarteten Einbruch mit Verschlechterungen in fast allen relevanten Dimensionen. Danach erlebte die Slowakei aber bis 1997 eine erstaunliche Entwicklung mit einem Wachstum in der Höhe Polens und Inflationsraten, die bald sogar etwas tiefer ausfielen als in Tschechien. Dazu kamen mittlere Reallohnsteigerungen und leicht fallende Arbeitslosenraten, die in etwa denjenigen Polens entsprachen. Die Gründe für diese positiven Entwicklungen sind verschiedenartig. Teilweise sind ähnliche Faktoren anzuführen wie in Polen, etwa eine forcierte Ausnutzung der bestehenden Möglichkeiten und Reserven, beispielsweise mit einer Steigerung von Exporten im weniger qualitäts- und mehr kostenorientierten Bereich. Auch eine etwas weniger als in Polen ausgeprägte Flexibilität hat eine Rolle gespielt. Durch die größeren Probleme zu Beginn der Unabhängigkeit war auch die anfängliche Restrukturierung etwas stärker ausgefallen als im prosperierenderen Tschechien. Zudem war die Konjunktur durch einen staatsinterventionistisch orientierten Kurs, insbesondere über relativ hohe staatliche Ausgaben für Infrastruktur, und large Konkursregulierungen gefördert worden. Wie in Polen hatten in der Slowakei die großen politischen Turbulenzen keinen direkten negativen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung. Man könnte sogar versucht sein, in Teilbereichen einen geradezu umgekehrten Einfluß zu postulieren. Im generell weniger stabilen Umfeld war die wirtschaftspolitische Flexibilität der Regierung gerade in wachstumsrelevanten Bereichen größer, etwa in der Währungspolitik, um sich so auch politisch abzusichern. In Tschechien hingegen war der Kurs weniger flexibel und stark monetaristisch orientiert.

Es überrascht denn auch nicht, daß die Slowakei – im Gegensatz zu Tschechien, aber ähnlich wie Polen – in den letzten Jahren eine größere Währungskrise vermeiden konnte und nur eine Wachstumsschwächung, aber keine Rezession hinnehmen mußte. Allerdings waren auch deutliche Krisenanzeichen wie hohe Zahlungsbilanz- und Budgetdefizite aufgetreten, und zwar einiges stärker als in Polen. Dies hing u.a. mit dem politisch motivierten wirtschaftspolitischen Kurs der Meciar-Regierung zusammen sowie mit den selbst für ostmitteleuropäische Verhältnisse ausgeprägten Klientelismus- und Korruptionsstrukturen.⁴⁴ Obwohl die neue Regierung mit einem austeritätsorientierten Kurs die Ungleichgewichte wieder reduzieren konnte, sind die strukturellen Schwächen bisher kaum korrigiert worden; die sozialen Folgen wie Reallohnabbau und stark gestiegene Arbeitslosigkeit brachten zudem intensive Spannungen mit sich und erschütterten das Vertrauen in die Regierung und die Politik noch weiter.

Die politische Entwicklung war, insgesamt gesehen, eher noch instabiler verlaufen als die wirtschaftliche, ganz ähnlich wie in Polen. Dabei hatten sich sogar polarisiertere Strukturen politischer Lagerbildungen entwickelt als beim großen Nachbarn. Dies hing vor allem mit den Spannungen zu Tschechien und der neuen Staatlichkeit zusammen. Zwar war noch innerhalb der alten Tschechoslowakei die Einführung grundlegender demokratischer Verhältnisse in beiden Teilrepubliken gut vorangekommen, und anfänglich hatte sich eine ähnliche Parteienlandschaft mit den Hauptprotagonisten "Forumsparteien" versus "Postkommunisten" bzw. Kommunisten herausgebildet (vgl. Abschnitt 3.1). Aber die Kombination von sozialen und ethnischen Konflikten führte zu einem andern politischen Spektrum, wobei der charismatische Vladimir Meciar ein diffus orientiertes "nationales" Lager zur Dominanz führen und die Unabhängigkeit Anfang 1993 durchsetzen konnte. Hier sind gewisse Parallelen zu Tudjmans kroatischer nationaler Bewegung nicht zu verkennen. Aufgrund anderer historischer Traditionen und kultureller Muster erfolgte die Trennung aber friedlich und recht geordnet. Meciar geriet aufgrund der negativen wirtschaftlich-sozialen Folgen der Trennung schnell in eine politische Krise. Auch die große interne Heterogenität seiner Bewegung wirkte sich dabei durch Spaltungstendenzen aus. Dies führte schon im Frühling 1994 zu seinem Sturz und zur Bildung einer bunt zusammengewürfelten "Anti-Meciar"-Koalitionsregierung.

Nach dem erneuten Wahlsieg Meciar im September 1994 unterschied sich nicht nur die Parteienlandschaft von derjenigen der Nachbarländer, sondern es setzten sich auch immer mehr regressive Entwicklungstendenzen durch. Zwar wurden formell die zentralen demokratischen Strukturen nicht angetastet. In der politischen Praxis wurden von dem herrschenden Lager aber Methoden angewandt, die über das auch in Tschechien und Polen übliche Maß hinausgingen, die eigenen Positionen zu stärken und Anhänger an relevante Positionen zu setzen. Dabei wurden nicht nur mehr Bereiche involviert, sondern auch nicht verfassungskonforme und in Einzelfällen kriminelle Praktiken angewandt. Damit isolierte sich die Slowakei international und durfte weder mit einer NATO- noch mit einer EU-Mitgliedschaft rechnen. Während sich die Slowakei in diesem grundsätzlichen Bereich demokratischer Entwicklung sowohl von Polen wie von Tschechien unterschied, war sie in vielen konkreten Belangen Polen ähnlicher als Tschechien. Insbesondere in bezug auf die Entwicklung der politischen Stabilität war die Slowakei Polen verwandt – von 1990 bis 1999 waren sechs Regierungen im Amt, in Polen acht –, wobei zudem mehrere politische Kehrtwendungen erfolgten. Und bezüglich des Polarisierungsgrads der Politszene übertraf die Slowakei Polen sogar, wie bereits erwähnt worden ist. Das "Meciar-Lager", die meiste Zeit seit der Unabhängigkeit an der Macht, und das "Anti-Meciar-Lager", nur kurz 1994 und nun seit Herbst 1998 wieder an der Regierung, waren noch stärker verfeindet als in Polen das "postkommunistischen" Lager und das "Solidarnosc-Lager". Im Gegensatz zu Polen war aber die seit Winter 1994 herrschende "Rechts-Mitte-Links"-Koalition nicht nur heterogener zusammengesetzt als die polnische Koali-

tion aus Postkommunisten und Bauernpartei. Auch das Parteienspektrum und die Allianzen unterschieden sich in der Slowakei sowohl von der polnischen wie der tschechischen Szene, ebenso die persönliche Dominanz von Meciar gegenüber vergleichbaren Führungspersonen wie Polens Walesa oder Tschechiens Klaus. Es scheint plausibel, dies auf die fernere und vor allem die jüngere Vergangenheit zurückzuführen, die durch einen verzögerten Nationenbildungsprozeß charakterisiert war. An einer unterschiedlichen Staatsauffassung schien es jedenfalls nicht zu liegen, denn die demokratischen Grundeinstellungen in Tschechien und der Slowakei wichen trotz einer etwas demokratischeren und vor allem legalistischeren Orientierung der Tschechen nicht wesentlich voneinander ab.⁴⁵ Und neben den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürften denn auch diese Einstellungen Hauptgrund für das Scheitern Meciar in den letzten Wahlen vom Herbst 1998 gewesen sein. Allerdings hat sich die erneut breit angelegte "Anti-Meciar"-Koalition bisher wenig bewährt, da sie sich selbst durch interne Konflikte und Affären diskreditierte. Zudem hat sie aufgrund der schwierigen wirtschaftlich-sozialen Lage auch massiv an Akzeptanz in der Bevölkerung verloren.

So sehen die unmittelbaren Zukunftsaussichten eher düster aus. Zwar wird von Regierungsseite immer wieder versichert, daß die kritische wirtschaftliche Situation bald unter Kontrolle sei und schon nächstes Jahr eine deutliche Besserung eintreten werde. Dabei wird sie z.T. von internationalen Organisationen flankiert, die relativ optimistische Prognosen von sich gaben. So rechnete z.B. die OECD schon für nächstes Jahr mit einem Rückgang der Arbeitslosenrate auf 16%, während der Chef der slowakischen Arbeitsbehörde davon ausging, daß dann erst der Höhepunkt eintreten werde. Der IWF ging in seiner Prognose im Mai 2000 von einer Wachstumsrate des BIP von 2% und 2001 von 3% aus.⁴⁶ Zwar gab es im laufenden Jahr gewisse Anzeichen einer Entspannung: Im ersten Quartal nahm z.B. die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um 4,5% zu und das Defizit der Leistungsbilanz nahm deutlich ab, im April wurde auch erstmals seit 1995 wieder ein aktiver Saldo der Außenhandelsbilanz erzielt. Aber die Regierung steht weiter unter großem Druck, wobei sie sich im Dilemma zwischen sozialen Forderungen einerseits und den Auflagen internationaler Organisationen anderseits befindet. Die kürzlich entsandte IWF-Mission schätzte, daß das Defizit des Staates im Jahr 2000 4% des BIP erreichen könnte. Nach Einrechnung der außerbudgetären Ausgaben, die durch Privatisierungserträge gedeckt werden, könnte das Defizit sogar 5% des BIP betragen. Der IWF "empfahl" eine Defizithöhe von nur 3% des BIP, wobei das Budgetdefizit bis 2003 auf 2% des BIP sinken sollte. Andererseits kritisierte der Sozialminister selbst vor kurzem den Vorschlag der Regierung, die Renten nur um 7% anzupassen, da dies eine Verletzung der europäischen Sozialcharta darstelle; denn die Renten würden so unter die dort festgesetzten Minimalhöhe von 40% des Durchschnittslohnes fallen.⁴⁷

Wie auch immer die kurzfristigeren Entwicklungen sich gestalten werden, wichtigere Probleme stehen mittel- und langfristig an. Wie bereits vorne

deutlich geworden ist, sind die strukturellen Probleme der slowakischen Wirtschaft groß. Es überrascht denn auch nicht, daß die Slowakei bei Einschätzungen der Wettbewerbsfähigkeit nicht gut wegkommt. 1998 wurde es beispielsweise von 53 klassifizierten Ländern vom World Economic Forum nur auf Platz 48 gesetzt (zum Vergleich Tschechien Platz 35, Polen Platz 49). Die vorne aufgezeigte Exportschwäche war neben Handelsbarrieren und mangelnder Exportförderung auch durch ungenügende Produktivitätsfortschritte bedingt. So hatte die Produktivitätszunahme im Industriebereich von 1993-98 nur 36% betragen, in Polen und Ungarn jedoch 61%. Die Lohnstückkosten in DM hatten in der gleichen Periode um 30% zugenommen, in Polen hingegen nur um 12%, in Ungarn sogar um 27% abgenommen. Die gesamten Direktinvestitionen machten 1989-99 nur knapp 400 \$ pro Kopf aus, weniger als in Polen oder Litauen, ganz zu schweigen von Ungarn mit seinen über 1.700\$. Zudem ist die Exportstruktur immer noch von einem relativ hohen Anteil an arbeits- und rohstoffintensiven Produkten geprägt.⁴⁸ Auch der Finanzbereich ist zu wenig entwickelt und bedarf grundlegender Restrukturierungen. Illustrativ ist die Börsenkapitalisierung, die 1999 gerade 2% des BIP ausmachte, noch weniger als in Rumänien mit 4% oder in Polen mit 18%. Wie die Wirtschaft mittelfristig über die Runden kommen wird, hängt aber nicht nur von den internen Reformanstrengungen und einem geschickten wirtschaftspolitischen Kurs ab, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Westeuropa⁴⁹ und der zukünftigen Stellung der Slowakei in Europa, insbesondere dem Verhältnis zur EU. Am 28. März legte die slowakische Delegation in Brüssel die Positionsdokumente zu 8 von insgesamt 31 Bereichen vor, womit de facto die Beitrittsgespräche begannen. Die Verhandlungen sind bisher relativ glatt und zügig verlaufen. Bereits Ende Mai konnten vorläufig die Verhandlungen über sechs Bereiche beendet werden. Die slowakische Seite legte der Union gleichzeitig die Positionsdokumente in weiteren fünf Kapiteln vor. Mitte Juni kamen nochmals fünf dazu. Nach Einschätzung des Außenministers sollte die Slowakei Ende des Jahres bereits dort stehen, wo die bisherigen Kandidaten der ersten Runde Mitte des Jahres standen, und damit anderthalb Jahre aufgeholt haben.⁵⁰ Das Endziel der slowakischen Delegation, die Verhandlungen bis Ende 2002 zu beenden und Anfang 2004 der EU beizutreten, ist aber kaum als realistisch zu betrachten, auch wenn die EU ein Interesse daran hat, die Slowakei aus geo- und handelspolitischen Gründen zu den Nachbarländern aufschließen zu lassen und besonders umstrittene Themen, wie etwa die Landwirtschaft bei Polen, weitgehend fehlen. Die EU tritt nämlich vermehrt selbst auf die Bremse, um Zeit für ihre eigenen durch die Osterweiterung notwendigen, aber umstrittenen Reformen zu gewinnen und die zunehmend negative Stimmung in den EU-Ländern aufzufangen. In der Slowakei selbst ist der Beitritt weitgehend unbestritten. Die Slowaken zeigten, ähnlich wie die Tschechen oder die Slowenen, schon nach der Wende eine besonders positive Einstellung gegenüber der EU. Im Herbst 1992, also kurz vor der Unabhängigkeit, gaben z.B. über drei Viertel an, sie würden einen Beitritt zur

EU in den nächsten fünf Jahren unterstützen. Im Herbst 1995 waren es nach der Abkühlung der offiziellen Beziehungen noch rund die Hälfte, die für die EU-Mitgliedschaft votierten, zwei Jahre später wieder über 60%. Im März 2000 waren sogar 70% dafür, nur 20% nahmen dagegen Stellung.⁵¹

Trotz aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und Instabilitäten, die noch auf die Slowakei zukommen werden, kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß sich die Slowakei in Zukunft grundlegend ähnlich entwickeln wird wie ihre Nachbarländer. "Sondertouren", wie sie vor allem unter der zweiten Regierungszeit Meciar üblich waren und die Slowakei in Europa isolierten, dürften der Vergangenheit angehören. Selbst wenn Meciar Partei die nächsten Wahlen gewinnen sollte, dürfte er kaum mehr an die Macht zurückkehren. Und auch wenn ihm dies nochmals gelänge, was nur bei einer großen wirtschaftlichen und politischen Krise möglich scheint, wäre sein Spielraum stark eingeschränkt. Deshalb darf wohl auch das Fragezeichen zum anfangs gesetzten Titel "Der slowakische Transformationsprozeß. Auf Umwegen nach Europa?" gestrichen werden.

Tabelle 1: Wirtschaftsentwicklung der Slowakei und Tschechiens 1990–1999

Slowakei	Wachstum BIP ¹	Arbeits- losenrate	Inflation	Budget- ergebnis ²	Real- löhne	Privat- sektor ³	Zahlungs- bilanz ²
1990	-3	2	10	0	-6	10	
1991	-15	12	61	-4	-28	15	
1992	-7	10	10	-3	5	30 (32)	
1993	-4	14	23	-7	-6	45 (39)	-5
1994	5	15	13	-1	8	55 (58)	5
1995	7	13	10	0	4	60 (66)	2
1996	7	13	6	-2	7	70 (77)	-11
1997	7	13	6	-4	7	75 (82)	-10
1998	4	16	7	-6	3	75 (82)	-10
1999	2	19	14	-3	-3	75	-6
Tschechien							
1990	-1	1	10	0	-5	12	
1991	-14	4	57	2	-26	17	
1992	-6	3	11	0	10	28	
1993	1	4	21	0	4	45	0
1994	3	3	10	1	8	56	0
1995	5	3	9	1	8	70	-3
1996	4	4	9	0	9	75	-8
1997	0	5	9	-6	3	75	-6
1998	-2	8	11	-1	-1	75	-2
1999	-1	9	2	-2	5	75	-2

1) Außer der Arbeitslosenrate (Stand Endes des Jahres), dem Anteil des Privatsektors und dem Budgetergebnis beinhalten die Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen von 1999 sind z. T. noch vorläufig.

2) Minuszahlen: Budgetdefizit in % des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuß in % des BIP.

3) Anteil am BIP in %; Schätzwerte des EBRD für jeweils Mitte des Jahres, in Klammern offizieller Anteil Ende des Jahres, vgl. EBRD (1999) 264, Slovakia (1996/97) 107.

Quellen: Business Central Europe, Annual 2000 (Dec. 1999) und March (2000) 65, EBRD (1999) 191ff, Komerční Banka 23 (2000) 1f und Statistiken der nationalen Ämter.

Tabelle 2: Die politischen Parteien im Parlament der Slowakei
(Stimmenanteile und Sitze)

	1992		1994		1998	
	Stimmen (%)	Sitze	Stimmen (%)	Sitze	Stimmen (%)	Sitze
Nachfolgeparteien der Öffentlichkeit gegen Gewalt:						
HZDS	37,3	74	35,0	61	27,0	43
Christlich-Demokraten:						
KDH	8,9	18	10,0	17		
(1998 in SDK)						
Regionalpartei der Ungarn:						
MKDH-ESWS-MLS bzw. SMK-MKP	7,4	14	10,2	17	9,1	15
Nationalisten:						
SNS	7,9	15	5,4	9	9,1	14
Postkommunisten:						
SDL	14,7	29			14,7	23
SV (reformorientiert)			10,4	18		
ZRS (linkspopulistisch)			7,3	13		
Übrige:						
DU (liberal)			8,6	15		
(1998 in SDK)						
SOP					8,0	13
SDK (Bürgerliche Parteienkoalition)					26,3	42

Quellen: offizielle Wahresultate

Anmerkungen

¹ Siehe dazu den Artikel des Autors in Wirtschaft und Gesellschaft 20/2 (1994) 83-109.

² Vgl. dazu den bereits erwähnten Artikel des Autors sowie Juchler (1994) 326ff und 350ff.

³ Zu den Umfragedaten siehe SU SR - VVM 1 (1995) 4, zur Privatisierung World Bank (1994) 42, EBRD (1999) 265.

⁴ Fisher (1995) 61ff. Die Slowakei verzeichnete in der Folge einen Handelsüberschuß mit Tschechien. Das bilaterale Zahlungsabkommen der beiden Länder auf der Basis eines Clearingsystems, das nach dem Wegfall der gemeinsamen Währung installiert worden war, wurde von Tschechien Mitte 1995 gekündigt und trat ab Oktober 1995 außer Kraft, vgl. Business Central Europe (Febr. 1996) 13.

⁵ Vgl. WIIW 225 (1996) 20, SU SR - VVM 1 (1995) 4 und EBRD (1995) 56.

⁶ 1995 betrug der Lohn umgerechnet nur rund 230\$; allerdings war die effektive Kaufkraft durch die Unterbewertung der Währung einiges höher, vgl. WIIW 225 (1996) 28 und 85, sowie Business Central Europe (Febr. 1996) 64, wo die Slowakei bei der Kaufkraft der Durchschnittsstundenlöhne hinter Ungarn und Polen, aber noch vor Tschechien rangierte.

⁷ Siehe z. B. die Ölraffinerie Slovnaft, die durch trickreiche Umwege unter die Kontrolle des Managements fiel, vgl. Business Central Europe (Febr. 1996) 26f. Nicht zufällig waren in einer Umfrage von Anfang April 1995 74% entschieden der Meinung, Korruption und Bestechung habe sich in der Gesellschaft ausgebreitet, 24% wählten die Antwort eher ja als nein, vgl. SU SR - VVM 2 (1995) 21.

⁸ Vgl. Focus (1996) 37ff. Generell hatte die Bevölkerung eine etwas positivere Einstellung zum Privatisierungsprozeß gewonnen, vor allem im Vergleich zur Phase vor der Unabhängigkeit. Aber immer noch waren z.B. 62% der Meinung, daß alle großen Industrieunternehmen im Staatsbesitz bleiben sollten.

⁹ Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 108. Die Bevölkerung war allerdings Ende 1995 im Ver-

gleich zum Mai 1991 etwas positiver gegenüber der Präsenz ausländischen Kapitals eingestellt, vgl. Focus (1996) 33f. Bei den Banken z.B. fanden 66% die ausländische Präsenz richtig. Insgesamt waren aber die Einstellungen gegenüber der Marktwirtschaft noch skeptisch. In der Umfrage der Eurobarometers im November 1995 gaben z.B. 39% an, daß der Aufbau einer Marktwirtschaft richtig sei, genau gleich viele, daß dies falsch sei. Nur 1993 war die Bilanz mit -4 Punkten negativer gewesen, 1990 mit plus 28 wesentlich positiver. 1997 betrug die Differenz sogar - 10, vgl. Central and Eastern Eurobarometer (1998) Amex Figure 83.

¹⁰ Vgl. EBRD (1996) 118, Slovakia 1996/97 (1998) 105, Business Central Europe (Dec. 1995) 47 sowie WIIW 225 (1996) 225, 10 und 89.

¹¹ Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 103f., Narodnaobroda (7.4.1997).

¹² Vgl. Transition 3 (1997) 12f und 59f, EBRD (1996) 204 und 1997, 199, Slovakia 1997/98, (1998) 105 und 108ff., Business Central Europe 2 (1997) 65.

¹³ Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 110, 122ff, EBRD (1997) 198. Aufsehen erregte auch die Privatisierung einer großen Versicherungsfirma im Sommer. Nachdem die Partei Meciar die Firma unter ihre Klientel aufteilen wollte, setzten sogar die Koalitionspartner Meciar unter Druck, vgl. Transition 16 (1996) 32ff., Slovakia 1996/97 (1998) 15.

¹⁴ Vgl. Transition 13 (1997), Focus (1996) 40, Slovakia 1996/97 (1998) 69, Central and Eastern Eurobarometer (1997) Annex Figure 1.

¹⁵ Vgl. EBRD (1999) 265, Business Central Europe - Annual 1997/98 (1998) 28, Slovakia 1996/97 (1998) 113.

¹⁶ Vgl. Business Central Europe - Annual 1997/98 (1998) 28, EBRD (1999), 264f.

¹⁷ EBRD (1997) 199, Slovakia 1996/97 (1998) 113.

¹⁸ Juchler (2000) Bd. II, 35, EBRD (1998) 188, Slovakia 1996/97 (1998) 69.

¹⁹ EBRD (1998) 188f, Business Central Europe (Febr. 2000) 25f.

²⁰ EBRD (1999) 262, Business Central Europe (April 1999), M.E.S.A. 10 (March 1999) 1ff.

²¹ Vgl. z.B. M.E.S.A. 10 (Juni 1999) und (Juli 1999).

²² Slovakia 1996/97 (1998) 70, IVO (1.11. und 18.11.1999). Dabei gab es auch eine deutliche Korrelation mit dem Bildungsstand. 18% der Grundschulabsolventen waren der Meinung, es habe nach 1989 eine grundlegende Änderung des Wirtschaftssystems gebraucht, gegenüber 53% der Hochschulabsolventen.

²³ M.E.S.A. 10 (March 2000).

²⁴ Vgl. auch Krivy (1992), Wolchik (1991) 63f. Bezeichnend für das gespannte Klima war das bereits im September deutlich größere Mißtrauen gegenüber der föderalen Regierung in der Slowakei (fast 50%) als in Tschechien (25%), während im Juli erst geringe Unterschiede bestanden hatten.

²⁵ Vgl. RFE/RL Research Report 7 (1993) 13ff.

²⁶ Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 1 (1994) 102ff.

²⁷ Daß eine PR-Agentur Berlusconi den Wahlkampf Meciar betreute, stellte dabei ein interessantes Detail dar. Zum Wahlkampf und dem Wahlausgang vgl. Szolomanyi, Meseznikov (1995).

²⁸ Business Central Europe (Febr. 1996) 13, NZZ (15.3.1996) 7.

²⁹ Vgl. Lidove Noviny (29.3.1995) 1, Business Central Europe (Dec. 1995) 13, Transition 24 (1995) 58ff. und 19 (1995) 39f.

³⁰ Vgl. Focus (1996) 69f., Central and Eastern Eurobarometer (1996) Annex 1, 6 und 7. In vielem hatten die Slowaken auch unklare, manchmal widersprüchliche Meinungen.

³¹ Slovakia 1996/97 (1998) 76f. Die Unterstützung der Regierungsparteien korrelierte dabei deutlich negativ mit der Bildung, Focus (1996) 7.

³² Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 11ff..

³³ Vgl. Transition 4 (1996), Slovakia 1996/97 (1998) 11f.

³⁴ Vgl. Transition 13 (1996) 40ff.

³⁵ Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 69 und 76.

³⁶ Vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 17 und 74.

³⁷ Vgl. die Zusammenstellung der Umfragedaten aller renommierten Institute wie FOCUS, MVK, Nazory in: www.slovensko.com/doc/release/5.htm

- ³⁸ Die Unterstützung der Parteien unterschied sich dabei deutlich nach sozialen Kriterien: Während die SDK vor allem in den städtischen bzw. großstädtischen, den jungen und gebildeten Segmenten Anhänger fand, traf für die HZDS gerade das Gegenteil zu, vgl. IVO (31.10.1998).
- ³⁹ Vgl. IVO (31.10.1999). Die Vertrauenskrise war recht umfassend. Auch in die Gewerkschaften hatten z.B. nur 36% Vertrauen, vgl. IVO (8.11.2000).
- ⁴⁰ Vgl. IVO (31.3.2000); Anfang März z.B. waren 57% dagegen, nur 38% dafür, vgl. auch Business Central Europe (March 2000). Anfang März wollten 30% die HZDS wählen, anfangs Mai waren es 28%. An zweiter Stelle fungierte Smer mit 19%, SDKÚ 11.6%, SMK 8,8%, SNS 8,2%, SDL 6,4% und SOP 5,3% vgl. M.E.S.A. (April und Mai 2000); Zum Parteienstreit vgl. auch Nicholson (2000).
- ⁴¹ Nach einer Focus-Umfrage bekundeten dafür zwei Drittel Verständnis, vgl. IVO (19.3.2000).
- ⁴² Vgl. Mit einer Protestversammlung in Prievidza startete die HZDS am 17. Mai diese Serie von Meetings, die in jeder Kreisstadt stattfinden sollen, vgl. M.E.S.A. 10 (Mai 2000). Die HZDS beklagte sich auch, daß sie im Slowakischen Fernsehen benachteiligt werde, wobei sie sich auf eine Studie berief, die zeigte, daß die HZDS nur 14% der den Parteien gewidmeten Zeit auf sich vereinigte und meist negativ geschildert wurde, vgl. Radio Free Europe (22. Juni 2000), zitiert nach: <http://www.slovensko.com/news/index.php3/802>.
- ⁴³ Vgl. Juchler (2000) und insbesondere Juchler (1999), wo ein Vergleich des tschechischen und polnischen Entwicklungsweges enthalten ist.
- ⁴⁴ Vgl. dazu z.B. die internationale Korruptionsrangliste von Transparency International von 1999, wo die Slowakei schlechter abschnitt als die anderen ostmitteleuropäischen Länder: sie belegte nur Rang 53 hinter Polen (Rang 44), Tschechien (Rang 39), Ungarn (Rang 31) und Slowenien (Rang 25), vgl. <http://www.transparency.de/documents/cpi/index.html> und Juchler (2000), wo weitere Studien dokumentiert sind.
- ⁴⁵ Vgl. z. B. die Surveyergebnisse in Focus (1995) 43ff und SPP 306 (1998) 19.
- ⁴⁶ Vgl. Business Central Europe (June 2000) 46f. Bezüglich der Inflation ging der Finanzminister kürzlich von rund 10% für das Jahr 2000 und einem deutlichen Rückgang in den beiden nächsten Jahren aus, vgl. M.E.S.A. 10 (Mai 2000), IMF (2000), 40. Etwas kritischere Einschätzungen werden in WIIW 261 (1999) vorgenommen, wo auch auf die Probleme eines strikt austeritätsorientierten Kurs hingewiesen wird, der zwar das Zahlungsbilanzdefizit herunterfahren und die Schuldenbelastung reduzieren kann, aber auch eine stärkere Rezessionsgefahr mit Budgeteinnahmeverlusten und höheren Arbeitslosenzahlen beinhaltet.
- ⁴⁷ Vgl. M.E.S.A. 10 (Mai 2000) und Radio Slovakia International (15.6.2000), zitiert nach <http://www.slovensko.com/news/index.php3/782>.
- ⁴⁸ Vgl. Komerční Banka - Economic Trends 18 (1999) 1, EBRD (1999) 74ff.
- ⁴⁹ Vgl. dazu auch WIIW 261 (1999), wo zwei Szenarien entwickelt werden. Nach einer optimistischen Variante könnte die Slowakei bis zum Jahre 2010 stark zulegen und rund 70% des EU-Durchschnittseinkommen erreichen, nach einer zweiten Variante nur 55%, magere 3% mehr als 1998.
- ⁵⁰ Vgl. Jakoby (2000), M.E.S.A. 10 (April und Mai 2000), Business Central Europe (June 2000) 41f, Radio Slovak International (15.6.2000) zitiert nach <http://www.slovensko.com/news/index.php3/785>.
- ⁵¹ Umfragedaten des Central and Eastern Eurobarometers und des FOCUS, vgl. Slovakia 1996/97 (1998) 74, Juchler (2000) 15, vgl. IVO (27.3.2000). Die NATO-Mitgliedschaft war hingegen wesentlich umstrittener, vor allem nach der mehrheitlich abgelehnten Kosovo-Bombardierung. Im Januar 1999 waren noch 42% dafür, 41% dagegen, im Juni 1999 nur noch 35% dafür, aber 53% dagegen, und im März 2000 wieder 42% dafür und 47% dagegen, vgl. IVO (29.3.2000).

Literatur

- Butora, Martin; Skaldony, Thomas W. (Hrsg.), Slovakia 1996/97 (IVO - Institute for Public Affairs, Bratislava 1998).
- Central and Eastern Eurobarometer, hrsg. von Commission of the European Communities (Brussels 1990ff).
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), Transition Report (London 1995ff).
- Fisher, Sharon, Slovakia: Turning Back?, in: Transition 1 (1995) 60-64.
- Focus (centrum pre socialnu a marketingovu Analyzu), Current problems of Slovakia on the Verge of 1995-96 - Report of the Sociological Survey (Bratislava 1996).
- Krivý, Vladimír, Trvanie a zmena na Slovensku - Analyzy vybraných problemových okruhov, Inštitút stredoeurópskych štúdií FM UK (Bratislava 1992).
- IMF (International Monetary Fund), World Economic Outlook (Washington D.C. 2000).
- IVO (Institute for Public Affairs), Vyskum (Bratislava 1998ff.), www.ivo.sk/vyskum.asp. (Survey-Kurzreports in Slowakischer Sprache).
- Jakoby, Marek, Die Slowakei begann über den Eintritt in die Europäische Union zu verhandeln, in: M.E.S.A. 10 - Monatsreport (Bratislava, April 2000): www.mesa10.sk/DEUTSCH/SMREPORT.HT
- Juchler, Jakob, Umbruch in Osteuropa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien (Zürich 1994).
- Juchler, Jakob, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3 (1999) 329ff.
- Juchler, Jakob, Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive, Schlußbericht an die World Society Foundation (Zürich 2000).
- Meseznikov, Grigorij, Slovakia in: Gabanyi, Anneli Ute (Hrsg.), Transformationsstaaten in Europa 1989-1999 (Druck in Vorbereitung).
- M.E.S.A. 10 - Monatsreports (Bratislava 1999f): www.mesa10.sk/DEUTSCH/SMREPORT.HT
- Nicholson, Tom, SDK rejects PM's fusion in: Aktuality - IVO (Institute for Public Affairs) (Bratislava 2000), www.ivo.sk/showivot.asp?Source=Publicistika&Id=143.
- Szomolanyi, Sona; Meseznikov, Grigorij (Hrsg.) (1995), Slovak Parliamentary Elections (Slovak Political Science Association, Bratislava 1995).
- SU - SR - VVM SU SR -VVM (Statistický úrad Slovenskej republiky - vyskum verejnej mienky), Nazory- Informacny Bulletin (Bratislava 1993ff).
- SPP (Studies in Public Policy), Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde (Glasgow 1995ff).
- WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche), Forschungsberichte (Wien 1996ff).
- Wolchik, Sharon L., Czechoslovakia in Transition. Politics, Economics and Society (London 1991).
- WORLD BANK, Slovakia - Restructuring for Recovery - A World Bank Country Study (Washington, D.C. 1994).

Zusammenfassung

Die polit-ökonomische Entwicklung der Slowakei ist bislang durch große Instabilitäten gekennzeichnet. Trotz schwieriger Ausgangsbedingungen war es zwar nach dem ersten "Trennungsschock" gelungen, eine beachtliche wirtschaftliche Erholung zu erreichen. Aber die unter der Meciar-Regierung aufgestauten strukturellen Probleme führten zu enormen Ungleichgewichten, vor allem im Budgetbereich und der Zahlungsbilanz. Die von der neuen Regierung ergriffenen Maßnahmen haben zwar Verbesserungen gebracht, aber auf Kosten von Wachstum und sozialer Sicherheit. Da bei der Bekämpfung von Klientelismus und Korruption ebenfalls wenig erreicht wurde, war ein massiver Vertrauensverlust

die Folge. Daran konnten auch die Beseitigung demokratischer Einschränkungen, wie sie unter Meciar eingeführt worden waren, sowie außenpolitische Erfolge, insbesondere die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU, nichts ändern. So ist die politische Lage erneut prekär, mit einer weiterhin starken Polarisierung zwischen einem "Pro-Meciar-Lager" und einem "Anti-Meciar-Lager". Obwohl die Zukunftsaussichten unsicher sind, wird die Slowakei allerdings kaum nochmals einen isolationistischen Sonderweg beschreiten.